

# Dresdner Volkszeitung

Postredaktion: Dresden,  
Aden & Comp., Nr. 1206.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banffontos: Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Urstadt und Dresden-Alstadt.

Abonnement: 12.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich  
25.00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Häufigkeit: Wochentag 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wochentag 10. Tel. 25261.  
Geschäftsstelle von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Hauptseite 4.00 M., Familienanzeigen  
8.00 M., die Beigabenteile Reklamezeile 4.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe  
ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung  
zur Aufnahme am vorgeschriebenen Tag. Für Briefe niederlegung 60 Pf.

Nr. 41

Dresden, Freitag den 17. Februar 1922

33. Jahrg.

## Adels- und Betternwirtschaft

Würde bei den Versuchen der bürgerlichen Parteien, durch dauernde zwecklose Anfragen über Regierungsumsätze, die Regierung in ihrer sozialistischen Politik zu benennen, nicht eine bestimmt Absicht obwaltet, dann müßte man noch den vielen Niederlagen, die diese Parteien bei derartigen Anfragen in letzter Zeit erlitten haben, ihr Benützen als einen politischen Unfall betrachten. Das offenbart sich auch in der gestrigen Verhandlung in der gründlichsten Weise von neuem. Am Mittelpunkt des Interesses standen die Anfragen über die Sicherstellung des Religionsunterrichtes in den Volksschulen und über die Beamtenpolitik Lipinski.

Dr. Herrmann von der Deutschnationalen Volkspartei konnte in der Begründung seines Antrages zwar keinen einzigen Fall einer unverrechten Regierungshandlung in den Religionsfragen nennen, doch war es ihm und seinen Freunden von der äußeren Rechten auch lediglich darum zu tun, die Regierung der Religionsfeindlichkeit zu bezichtigten. Die Linse deckt diese optimistische Absicht deutlich auf, um dann, den Spieß umgedreht, im Einvernehmen mit den Deutschen der gegenwärtige Kultur-, Bosk- und Lehrerfeindlichkeit der Kirche dazutun, so daß den Herren um Herrmann und Rendorff die Lust, die kostbare Zeit des Sonntags mit zwecklosem Geschwätz zu vergeuden, für die Zukunft vergehen dürfte.

Bu einer geradezu vernichtenden Misere gogen die Beamtenpolitik des alten Regimes gestaltete sich die Antwort des Ministers Lipinski auf die Anfrage der Deutschnationalen über die Entlassung des Ministerialdirektors Dr. Schmitt. Lipinski wies in seinem auffälligen Material nach, daß für die Beamtenpolitik der konserватiven Regierung nicht fachliche Tüchtigkeit, sondern Stand und Herkunft (wohl noch größtenteils altem und neuem Adel ein Unterschied gemacht wurde), geschäftliches Benehmen, ja selbst die Tugenden der Frauen höherer Staatbeamten maßgebend waren. Das selbst ausgeschriebene Trottel und Halbwitzen nur deshalb empfohlen wurden, weil sie gefestigtlich gute Figuren machten oder aber eine nette Frau hatten, war bestechend für dieses System, das den befähigten bürgerlichen Beamten solchen Leuten gegenüber platt zurücksteht. Unbedingt dieses erdrückenden vernichtenden Mennimaterials wurden die Gesichter der Intervallanten immer verlegener und länger, und als gab Lipinski auf das Verhalten des Personalreferenten Schmitt zu brechen kan und nachwies, wie dieser die bezeichnende Politik fortsetzend, tüchtige Beamte von ihrem Posten entfernte, dagegen fachlich zwecklosste Personen unter Wahrung ministerieller Bestimmungen beförderte, so unter seiner Leitung die höheren Beamten die Vereinbarung trofen, selbst bei böhem Alter nicht in Pension zu gehen, um keinen Sozialdemokraten oder Demokraten an ihre Stelle rütteln zu lassen, da konnte man neugierig sein, wie sich die Bürgerlichen zu dieser wie Geusenfälle wirkenden Feststellung verhalten würden.

Ihre Antwort war denn auch kaum mehr als ein Verlegenheitsgekümmer, das nur eine eigene Note durch das sonderbare Verhalten der Demokraten bekam. Diese Herren, die früher selbst gründlich zurückgesetzt wurden, glaubten in dieser Situation der Rechten Helferdiene leisten zu sollen. Unsre Fraktion äußerte sich zur Sache durch eine knapp gehaltene, den Minister bestehende Erklärung.

Zum Schluss kam die Regierungserklärung zum Dresdner und die Anfrage der Kommunisten zum allgemeinen Eisenbahnerstreit zur Verhandlung. Es war interessant, wie sich angesichts der Tatfrage, daß die Lokomotivführer eine ausgeprägt deutschnationale Richtung darstellen, der Sprecher der Deutschnationalen wand und drehte, um das vermeintlich nicht genügend scharfe Vorgehen der Regierung gegen die Streikenden, die mit ihnen sympathisierenden Beamtengruppen und den Streik selbst zu verurteilen. Die Kommunisten machten sich die Sache sehr leicht und erklärten die Bewegung aus der wirtschaftlichen Not, ohne zu berücksichtigen, daß die Handlung der Streikenden diese Not für das gesamte Volk gründlich vermehrte.

Unser Sprecher verkannte keineswegs die wirtschaftlich mögliche Stellung der Eisenbahner, um danach ungweidig herauszuhaben, daß dieser Streik dennoch gegen alle gewerkschaftlichen Prinzipien verstoße und nicht gebilligt werden könne. Es sei ein Unding, daß die Staatsmaschine, die durch die Beamten verkörperthe, von einer kleinen Schicht dieser Beamten zum Stillstand und der Staat selbst in die größte Gefahr gebracht werde. Die Sonderstellung, die der Beamte gegenüber jedem andern Arbeiter und Angestellten einnehme, bedinge, daß er die Worte des Streiks, die beim freien Arbeiter auch in der Ausübung durch den Unternehmer ihr Korrelativ finde, nicht gebrauche. Über dem Interesse einer kleinen Schicht stehe das Gemeinschaftsinteresse des Staates. Die staatsstützende Aufgabe der Technischen Polizei beim Eisenbahnerstreit hervorhebend, betonte er, daß schnellste Sorge getragen werden müsse zur Schaffung von Einrichtungen, berechtigte Wünsche der Leute zu beschleunigerter und gründlicherer Weise zu regeln, als das leider bei dieser Bewegung beobachtet worden sei. Die Abstimmung wurde der vorgerückten Zeit wegen auf die nächste Sitzung verlegt.

Die Aufführungen Lipinskis über die frühere und heutige Beamtenpolitik lassen wir unsrer knappen Übersicht über die gestrigen Bandtagverhandlungen folgen.

### Minister des Innern Lipinski:

Die fünfjährige Personalpolitik soll in Gegenwart zur vorgenommenen gezeigt werden. Diese reicht weit über die Amtszeit des Ministerialdirektors Dr. Schmitt hinaus, der erst am 1. September 1918 Vorstand der ersten Abteilung geworden ist. Es ist deshalb zu prüfen, wie die vergangene Personalpolitik getrieben wurde. Diese Prüfung wird davon ausgehen müssen, ob dem Gehalt die Beamtenlaufbahn freistand oder ob besondere Maßnahmen notwendig waren, um im Verwaltungsdienst aufgewiesen und befördert zu werden. In der kurzen Zeit nach der Frage war es nur möglich, einen kleinen Teil der Beamtenlaufbahn nachzuweisen. Die Prüfung bestätigte meine Auffassung. Die Grundlage für diese Personalpolitik ist die Kabinettserordnung über den juristischen Vorberichtigungsdienst im Geschäftsbereiche der inneren Verwaltung vom 22. Dezember 1902. Sie wurde als Kabinettserordnung erlassen, um den Landtag auszuholen und um vornehmlich den Reichstag den Zugang zur inneren Verwaltung möglich zu machen. Es wurden systematisch die Mittelloser ausgeschaltet und für die Reichsbeamten gründliche eine mittelmäßige Begabung für den Verwaltungsdienst.

Durch diese Verordnung war der Weg für die Familienpolitik freigemacht. Sie unterschied sich in

### die Bluts- und die Biersfamilie

Im Bereich des Ministeriums des Innern waren die Leipziger Körpers vom Gössener S. C. Sagonia, Zusatzia, Thuringia, die Biersfamilie möglichen, denen die Söhne von einfältigen sächsischen Familien angehörten. Zwischen dem Körpers Sagonia und dem Körpers Suevia scheint ein besonderer Karstellerverhältnis zu bestehen. In Bezug auf Zulassung zum Dienst in der inneren Verwaltung wird auf die Karstellungsprüfung Bezug genommen; auch sonst ist in den Akten die Karstellungsprüfung erwähnt. Eine große Zahl der amtierenden höheren Staatsbeamten gehören den erwähnten Verbänden an. Neben dem Adel stellt heute der Körpers Sagonia-Suevia den größten Braganz der sächsischen Amtshauptmannen. Die Alten Herren in der Beratung sorgten für die Unterstutzung ihrer Nachkommen.

Beharrt ist, daß in der Zeit der "Reichsregierung" Rehmer's der Medinger Jagdbund ausschlaggebenden Einfluß im Ministerium des Innern hatte. Unter der Herrschaft des ehemaligen Staatsministers Graf von Bismarck, seit 1919, unterstützt und gefördert vom damaligen Personalberater Dr. Kosch-Wallwitz (jetzt Amtshauptmann in Bautzen) und seinen Helfershelfern, hat die Adels-

und Betternwirtschaft wahre Triumphe gefeiert. Noch im Jahre 1919 waren von den 29 Amtshauptmannschaften allein 15, also mehr als die Hälfte, mit adligen Personen besetzt. Die 4½ Millionen jährende Bedeutung Sachsen besteht oder nicht zur Hälfte aus adligen Personen.

Es war Tradition, daß die Bettler immer rechtzeitig schon in die Pforten der stellvertretenden Amtshauptmannschaft eingeschoben wurden, um tüchtige Beamte für den Dienst zu gewinnen. Es war auch Tradition, daß manche Amtshauptmannschaft nur mit adligen Personen besetzt worden ist. Es wurde auch noch ein Unterschied zwischen dem Adel und einem Adel gemacht, wie aus einem Schreiben des Staatsministers Graf von Bismarck an den Grafen v. Reichenbach, Minister des Königlichen Justiz, vom 6. April 1917, hervorgeht.

Wenn ein dem Adelstande angehörender Beamter einmal dientlich einen Rückspruch getan hatte, der jedoch anders Verwaltungsdienst die Karriere verdorben hätte, so hätte sich die Sippe, in seinen Personalakten zu vermerken, daß der getane Rückspruch durchaus nicht für die Zulassung einer Amtshauptmannschaft unzureichend war.

Auch wenn kein Bedarf an Verwaltungsdienst waren, so wurde doch der durch Herkunft bevorzugten Herren der Eintritt in die Verwaltung und das Weiterkommen so leicht wie möglich gemacht. So heißt es in den Akten:

"Wem auch kein dringender Bedarf an Juristen vorliegt, so kann er sich doch dazu einstellen, so daß sich die Übernahme in den Staatsdienst empfiehlt. Der gewöhnliche Sterbliche pflegt nicht die Stärke zu erhalten: Es besteht keine Fähigkeit, die zu beobachten."

Gegen das soffinierte gehandhabte System, der in Sachsen betriebenen Personalwirtschaft sind in den letzten Tagen und Wochen von höheren Beamten des Landes schwere Anklagen erhoben worden. Von frechen und tüchtigen Beamten ist gegen den Kreishauptmann v. Kosch-Wallwitz in Bautzen der schwere Vorwurf erhoben worden:

"Sie haben pflichtreine und tüchtige Beamten bewußt jedes Vorkommen unmöglich gemacht und ihnen das Genick gebrochen. Unter der Herrschaft eines Rücksicht sei auf Wünche eines Bürgerlichen niemand Rücksicht genommen worden, sondern dann nicht, wenn ein adeliger Herr, auch wenn dieser Dienstjünger war, als Konkurrent aufgetreten sei. Man sei das unzulässige Cofer der geheimen Diensterhekte und Intrigen des Herrn v. Kosch geworden."

### Unbedingt zulässige Gesinnung, tabelllose Verherrschung der gesellschaftlichen Formen.

Beide in den ersten und vornehmsten Kreisen, selbstigen nach den Qualifikationsberichten in erster Linie zum Amtshauptmann, Verherrschung der gesetzlichen Regelungen zum Adel, zum Großgrundbesitzer, zum Großkapital waren in der Hauptstädte bestimmt. Wie die Karriere der Adeligen Verwaltungsdienst, vor allem dann, wenn die Betreifenden dabei, wie es wiederholt in den Qualifikationsberichten erwähnt wird, auf das vornehmste durch das gewinnende Aufsehen einer liebenswürdigen bislang verbotenen Frau unterstellt wurden. Wendungen, wie die folgenden, finden sich wiederholt:

"Da auch seine Frau einen recht angenehmen Eindruck macht, so unterliegt es seinem Zweifel, daß er ein vorzüglicher Amtshauptmann werden wird."

Bei der Beförderung zum Amtshauptmann ist ein anerkannt tüchtiger Verwaltungsdienst übergangen

worin, der vom früheren Amtshauptmann v. Kosch folgende Beurteilung erhalten hat:

"Im gesellschaftlichen Verkehr habe ich ihn nicht besonders kannt, da er sich auf rein formelle Beziehungen beschränkte und ich beispielweise seine Frau in 2½ Jahren nur ein einziges Mal auf der Straße gesprochen habe."

Der Illustration der betriebenen Personalwirtschaft ist fürstlich das Ministerium des Innern aus dem Lande auch auf folgenden Fall aufmerksam geworden, in dem sich die Beziehung zum Amtshauptmann, hinter der verschiedene Güterbesitzer und adelige Familien stehen, auf folgende Beurteilung stützt:

"Es läßt er einen Fleiß und Streben vermissen, arbeitet mit wenig Erfolg, trägt mangelhaft vor und zeigt Mangels an Energie; seine Frau würde sich aber zur Frau eines Amtshauptmanns in repräsentativer Beziehung ganz gut eignen."

Es ist im Ministerium des Innern auch weiter von einem Beamten erklärt worden, daß er sich keine Übergehung bei der Beförderung zum Amtshauptmann nur dadurch erlauben könne, daß er der Auflösung seines früheren Kreishauptmanns, vorher der konservativen Partei beizutreten, nicht nachgekommen sei.

Dieses für Land und Volk schädliche System hat unter dem Ministerialdirektor Dr. Schmitt, der seit 1. September 1918 Vorstand der ersten Abteilung war, fortgewirkt. Er hat es gegeben und unter Sabotierung der Verordnung vom 21. Dezember 1918 willkürlich gebaut, daß das Geschäft der höheren Beamten weiter in die Hände der Vorgesetzten gelegt wurde, die durch keinen Mühsatz behindert sein sollten, mündlich über den Beamten zu urteilen, ohne daß der Beamte davon etwas erfuhr oder gar in der Lage war, eine Gegenurteilung zu tun.

Es ist festgestellt, daß die auf Grund früherer Verordnungen angeordneten Qualifikationsberichte seitens der Kreis- und Amtshauptleute an das Ministerium nicht mehr erstattet werden sind, so daß die Minister seit der Revolution über

### die Fähigkeiten der höheren Beamten vollständig im Dunkeln

gelassen worden sind. Darüber hinaus ist gegen den Ministerialdirektor Dr. Schmitt der besondere Vorwurf erhoben worden, daß er minderwertige und noch dazu dienstjüngere Herren tüchtigeren Kreisen vorgezogen habe. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Ernennung eines vortragenden Beamten zu einem Lande großer Zuständigkeiten bekannt sein, und so eine Eignung für das betreffende Amt mitgebracht habe. Der Verteidige ist aber in den Akten

"vorzüglich in der Gesinnung" beurteilt worden. Der Entwurf der Ernennung ist von Dr. Schmitt mitgezeichnet. Ein Oberregierungsrat ist zum Stellvertretenden Vorstand des Landesversicherungsamt ernannt worden, obwohl er niemals in diesem Amt gearbeitet hatte, und er von einem Berliner Posten von der sächsischen Regierung abberufen worden war. Von seinem bürgerlichen Vorgesetzten ist er als oberflächlicher Arbeit mit bestreitlichem Aufstieg bezeichnet worden.

Unter 1. September 1919 ist ein Regierungsrat zum Amtshauptmann ernannt worden, obwohl er nach zwei Urteilen seiner Fähigkeit noch für das Amt eines Amtshauptmanns nicht geeignet und auch schwerenfalls war. Von einem Witte 1919 ernannten Amtshauptmann heißt es in der Beurteilung:

"Einzelhändige Aufsicht muß ihn bewahren, minder eilige und weniger interessante Sachen ungewöhnlich lange liegen zu lassen."

Der Herabsetzung bedarf auch folgende Angelegenheit: In einer Diskussion zwischen dem Geheimen Regierungsrat Schmeier und dem Kreisbeamten v. Kindt, die dadurch entstanden war, daß Schmeier dem Amtshauptmann von Leipzig Verlegung des guten Zusatzes zu der guten Sippe anlässlich einer Verhandlung vorgetragen hatte, hatte sich Schmeier v. Kindt unter

unmittelbar an das Ministerium des Innern gewandt. Ministerialdirektor Dr. Schmitt hat die Angelegenheit zwischen beiden zum Auszug gebracht, indem er sein Vorgehen in seinem Schreiben vom 20. März 1920 folgendermaßen begründete:

"Um regelmäßig den Geschäftsgang während des Dienstes zu ermöglichen, habe ich die Sippe, die die Karriere verdorben hätte, aufzulösen gesucht, um eine solche Einschaltung zu verhindern."

Ein hinsichtlich seiner Fähigkeit und Kenntnis geltend erklärter Regierungsrat wurde unter 1. März 1920 durch Verfügung des Ministerialdirektors Dr. Schmitt aus der inneren Verwaltung abgedrückt und als Regierungsrat in ein Obergericht gesetzt.

**Sein Vater ist Sticker**  
Dagegen wurde für einen adeligen Herren mit angeborenen Schwächen, der den Staatsdienst wegen Unfähigkeit am 31. Oktober 1920 aufgeben musste, noch eine Länge geboten, indem die erste Abteilung des Ministeriums unter 20. April 1921 an das Polizeipräsidium schrieb: Der Entlassung des Polizeipräsidiums bleibt es überlassen, ob bei dieser Gelegenheit das von dem Amtshauptmann v. Kosch gewordene

Einschreiten bestätigt werden soll, daß der Amtshauptmann v. Kosch seine Fähigkeit bestätigt werden soll.

Ein Beispiel dafür, daß man trotz aller Unfähigkeit als Regierungsrat in der inneren Verwaltung angestellt werden kann, ist der Fall des Freiherrn v. Althoff. In Wien in Russland geboren, sein Vater Großgrundbesitzer, ist er 1908 in Bezug durch die Referendarprüfung gefallen und hat erst bei dem zweiten Versuch die erste Staatsprüfung mit der Befürsprüfung bestanden. 1912 ist er durch Absolvieren der Prüfung bestellt, der er die zweite Staatsprüfung bestanden hat. Infolge des Krieges eingeführte Kortierung hat er hier im Cap-

tember 1914 ermöglicht, diese Prüfung mit der Besetzung „noch auswählen“, zu bestehen. Nach der Beurteilung werden keine juristischen Kenntnisse als äußerst lädenhaft bezeichnet und festgestellt, daß er im Jahre 1915 verschuldet gewesen ist. In den Akten des Kriegsministeriums befinden sich mehrere Anfragen von Freiherrn v. Bischinsky erkundigt haben. Gleichwohl ist er als Professor vom 1. April 1915 an zum Dienst in der inneren Verwaltung zugelassen worden, wenn auch mit dem Bedenken, daß er auf dauernde Anstellung im fachlichen Verwaltungsdienste nicht rechnen könne. Am April und Mai 1915 hat er als Professor bei der Kriegsministerialdirektion Breslau eine Gastrolle gegeben. Bereits im Juni 1915 ist er Kriegsgerichtsrat. Die Tatjade, daß er ausschließlich der Kriegsgerichtsrat bei zahlreichen mobilen und immobilen Formationen Galstollen gegeben hat und bald in verstreut, bald in preußischen Diensten gestanden hat, läßt vermuten, daß er überab abgeschlossen worden ist. Am Juni 1919 hat der Freiherr v. Bischinsky beim Ministerium des Innern um Übernahme in den fachlichen Verwaltungsdienst nachgefragt und die Anstellung in der Kriegsgerichtsrat Dresden als ihm besonders erwünscht bezeichnet. Obwohl ihm im Juni 1919 vom Ministerium des Innern erneut ein erkenntlicher arbeiten wurde, daß er auf Übernahme in den fachlichen Verwaltungsdienst nicht rechnen konnte, ist Freiherr v. Bischinsky Vorstand des Bezirksamts für Kriegsgerichtsgericht in Breslau geworden, und zwar seit Februar 1920 mit Genehmigung der vierten Abteilung unter Gege-

nahme von Dr. Schmitt.

Unter 15. Mai 1920 zeigt das Amtshauptmannamt v. Römer in London dem Ministerium des Innern an, daß er ohne Genehmigung des Ministeriums des Innern den Vorstand des Bezirksamts für Kriegsgerichtsgericht, Freiherrn v. Bischinsky, als juristischen Hofscheiter der Amtshauptmannschaft in Pflicht genommen habe und sucht um nachträgliche Genehmigung dieser eigenmächtigen Maßnahme nach. Am 28. Mai 1920 hat das Ministerium des Innern die Geschäftsführung des Freiherrn v. Bischinsky als juristischen Hofscheiter bei der Amtshauptmannschaft auch genehmigt und erneut eröffnet, daß er keine Ansicht auf dauernde Übernahme in den Staatsdienst habe. Mit Hilfe zweier militärischer Beauftragte über seine militärische Tätigkeit, ausgestellt vom Wirklichen Geheimen Regierungsschreiber und vom Generalstabler, ist es dem Freiherrn v. Bischinsky unter 1. August 1920 schließlich gelungen, die Regierungsschreiber und Staatsdienster im Bereich des Ministeriums des Innern angestellt zu werden. Die Verfügung ist vom Ministerialdirektor Dr. Schmitt ausgegeben. Dabei ist in dem Artikel vermerkt, daß beim Vorstand der Kriegsgerichtsgericht schon mehrere Altagen und Beschwerden von verschiedenen Stellen eingegangen seien, weil die Geschäfte im Bezirksamt für Kriegsgerichtsgericht in Breslau nicht in der wünschenswertesten Weise erledigt würden.

Die 4. Abteilung hatte Freiherrn v. Bischinsky als Vorstand des Bezirksamts für Kriegsgerichtsgericht in Breslau eingestellt und auf Kap. 51 des Haushaltungsplans übernommen. Nachdem dies erreicht war, ist von der 4. Abteilung unter 24. Juni 1921 an die 1. Abteilung des Ministeriums der Antrag gestellt worden, den Freiherrn v. Bischinsky nunmehr auf Kap. 48 zu übernehmen. Unter 11. Juli 1921 hat die 1. Abteilung den Freiherrn v. Bischinsky auf Kap. 48 übernommen und damit war der Freiherr v. Bischinsky

auf Umwegen in die innere Verwaltung eingedrungen. Dem Minister ist von diesem Vorgange keine Kenntnis gegeben worden.

Mögliche Regelung, reiche Verkunft, Verzippung und eine repräsentable Frau waren die Ersteine der früheren Personalpolitik. Und es war höchste Zeit, mir ihr gründlich anzurichten. Mit Verordnungen allein ist nichts getan. Ein Personalwechsel im Personalamt mußte vorgenommen werden und mich weiter vorgenommen werden, um Wandel zu schaffen. Mir liegt es fern, aus diesen Vorgängen allgemein den Schluß zu ziehen, daß alle höheren Beamten nicht genügend juristische Kenntnisse besitzen. Es ist zu verwundern, daß trotz dieser Personalpolitik so viele vorzügliche Juristen der Verwaltung angehören. Das angewandte System mußte aber zu einer Herausförderung der Leistungen der Verwaltung führen. Das muß anders werden. In der inneren Verwaltung soll nur aufgenommen und gefordert werden, wer dazu fähig ist und sich vorbehaltlos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellt. Das ist das Ziel der jetzigen Personalpolitik. (Sturmisches Bravo! luts.)

## Die Vorstandstagung der Reichsgewerkschaft

Gestern vormittag ist der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnen und -arbeiter in Berlin zusammengetreten, um zur Frage der Disziplinarregelungen Stellung zu nehmen. Der Reichsverkehrsminister hatte zwar den Mitgliedern des erweiterten Vorstandes zur Reise nach Berlin keinen Urlaub erlaubt, doch sind die in Frage kommenden Vertreter sämtlich erschienen. Die Berliner Leitung der Reichsgewerkschaft will sich bemühen, einen neuen Konflikt möglichst zu vermeiden und will auf ihre Unterorganisationen im Reiche darin wirken, daß vor Beendigung

## Leben • Wissen • Kunst

### Schiller und der Dorfjude

Im Jahre 1783 verweilte bekanntlich Schiller auf dem der Stadt von Wolgendorf gehörigen Gute Bauerbach im Steininger Bärendorf, wo er eifrig an seinem „Don Carlos“ arbeitete. Um auszutragen, pflegte er während der Nachmittagsstunden viele Spaziergänge in der schönen Umgebung zu machen. Vor seine Beschützerin nicht entwischen, so erzählte der Steininger Archidiakonus Müller in Steinigen in seiner Erzählgeschichte „Aus Schillers Kindheit in Bauerbach“ (in dem soeben erschienenen 25. Geschichtsbüchlein des Schmidischen Schillervereins veröffentlicht), dann mußte ihm der Jude Matthis oft begleiten. Abends spielte er mit dem Verwalter Börg Schatz; noch häufiger aber mit dem Juden Matthis, den er wegen seiner breiten Gesinnung, sächsischer Bildung und besonders wegen seines gefundenen Untertheiles wohl lieben mochte, in den Wintermonaten „Schöß Wänchen“, ein hier noch beliebtes Kartenspiel, und in den Sommermonaten „Kegel“. Oft war Matthis von seinen Geschäftstouren abende sehr ermüdet, dennoch folgte er freis dem Rufe des Dichters. Zuweilen machte ihm seine Frau Bemühungen darüber: „Was läuft dir immer mit dem „Schätz“ (Richtschul, Bürgersänger) nach.“ Matthis jedoch entgegnete: „Nöch (Frau), schwag mir auf, ich wech net, wie mer werd, wenn er mich rüst, ich muß ihm folgen, es is e braver Mann, und mer wech ad no — ne, was derb hinter steht.“ Auf diesen Spaziergängen mit dem aufgeweckten Dorffloden muß es auch zu ersten Gesprächen gekommen sein. Der Archidiakonus berichtet nämlich, Matthis habe erzählt, daß Schiller auf diesen Spaziergängen nicht mit ihm diskutiert habe, namentlich über Religionsfragen, über Judentum und Christentum, das letztere bestätigend. Die heilige Episode zollte dem Universalisten und dem armen Dorfjuden ist weit, im Gedächtnis der Menschen fortgelebt. Aus dem Matthis ist übrigens im Laufe der Jahre ein Marg. Kunann geworden.

J. E.

### Vorträge

Religiöse Kunst. Am dritten Vortrag über „Religiöse Kunst“ sprach Pastor Stier von „Religiöser Kunst“. Davon ausgehend, daß keine Religion jemals ohne Musik gewesen ist, machte er seine Zuhörer nach kurzen Erklärungen über die alten Meister mit den modernen Kompositoren näher bekannt. Er betonte den großen Unterschied zwischen religiöser und laiklicher Musik und erläuterte dies an Beispielen, wie den „Erlöser-Gesängen“ von Brahms, einem Hugo-Wolf-Lieder etc. Hierbei hieß es die Kirche anzugehende Begeisterung auf. Wagner's Sinfonie eigne sich nicht für eine Aufführung in der Kirche. Mit besonderer Liebe beweiste der Vortragende bei den Werken Rossini's. — Im zweiten Teil des Vor-

trages verhandelten gemalte Chöre, Solostimme und ein Adagio für Violine die Ausführungen des Vortragenden.

### Die Disziplinarmahnnahmen

Eins durch Wolff verbreitete halbmäßige Auflösung besagt: „In der Beamtenkohort wie im Publikum herrsche vielleicht noch Unzufriedenheit über die disziplinarischen Maßnahmen, die nach den Richtlinien des Reichskabinetts aus Anlaß des Beamtenstreiks zu treffen sind. Danach dürfen solche Beamte aus Anlaß des Streiks entlassen werden, die Unzufriedenheit des Streiks waren, Sabotage oder gewaltsame Eingriffe verübt oder andre Beamte durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt an der Erfüllung ihrer Dienstpflicht gehindert haben. Gestalt sich bei unfindbaren Beamten während des Disziplinarverfahrens heraus, daß dieser Unbefehl nicht zutrifft, so wird das Verfahren eingestellt. Gestalt sich bei unbefindbaren Beamten die Bestimmung als ungerechtfertigt heraus, so wird sie durch die Stelle, die sie ausgesprochen hat, zurückgenommen. Gegen Beamte, die durch Wort oder Taten zum Ausbruch oder zur Fortsetzung des Streiks aufgerufen oder haben, und gegen solche Beamte, von denen infolge ihrer Stellung ein besonderes Verantwortungsgefühl erwartet werden mußte, werden Ordnungswidrigkeiten, und vorwarnungen oder Verweisungen verhängt. Geldstrafen nur in besonderen Fällen. Mitläufers beim Streik verlieren lediglich wie alle beim Streik Beteiligten die auf die Streiktagen entfallenen Entlohnungsbezüge. Durch besondere Anordnung ist Vorrang getroffen, daß die eingesetzten Verfahren mit möglichster Schnelligkeit durchgeführt werden. Alle Verfahren werden für den Beamten gewahrt. Aus vorliegendem geht hervor, daß sich die Reichsbeamtenverwaltung genau an die Richtlinien des Reichskabinetts hält und daß sie bei der Handhabung ihrer Maßnahmen auch die psychologischen Momente wohl weißt. Die nächsten Monate sieht ihr Kommen ohne Freude, weil sie in ihnen die Fortsetzung ihrer Partei erfüllt.“

Trotzdem soll man die trübe Lieberborkeirat vollzogen werden. Man hat in häuslichem Streit Teller und Löffel zerstört, hat sich voll Mut und Hoh voneinander getrennt und kommt nur im unvorstellbar geworbenen Hause wieder zusammen ohne Liebe und ohne Hoffnung.

## Der Termin von Genua

Paris, 16. Februar. Der Marin meldet aus London: Das italienische Notariat in London, Martini, hat sich gestern ins Auswärtige Amt begeben, um Lord Curzon namens der italienischen Regierung die Versicherung zu geben, daß das Kabinett Sonomi nicht nur nicht bedenklich, einen Aufschub der Konferenz von Genua vorzuschlagen, daß sie vielmehr gesetzes, ihr möglichst zu tun, damit die Konferenz, wie vorgesehen, am 8. März eröffnet werden könne.

## Frankreich und Russland

Dem Vertreter des Augsprecher wurde in der Berliner französischen Gesellschaft erklärt, daß die Gesellschaft bisher keinerlei Bestätigung über den Abschluß eines Abkommens erhalten habe und daß sie an die Möglichkeit eines solchen Abkommens vorerst überhaupt nicht glaubt.

Da jedoch das Dementi nicht in категорischer Form abgegeben wurde, so ist anzunehmen, daß jedenfalls zur Zeit Verhandlungen stattfinden, die sich auf der Grundlage des in der Presse veröffentlichten Entwurfs eines Abkommens bewegen.

## Verlängerung der Einwanderungsbefreiungen

Paris, 16. Februar. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington hat das Repräsentantenhaus gestern die Verlängerung der zur Zeit geltenden Einwanderungsbefreiungen bis zum 30. Juni 1925 beschlossen.

## Sinowjew gegen die Streiks

Nach einer Meldung aus Moskau erklärte Sinowjew in einer Rede, die Räteregierung sei unter allen Umständen gegen den Streik in Staatsbetrieben. Auch in Privatbetrieben müssen die Interessen der Arbeitnehmer hinter denen der Allgemeinheit zurückstehen.

Das gilt natürlich nur für Russland, nicht für Deutschland. Denn hier dienen ja Streiks den kommunistischen Parteiinteressen, und das ist die Hauptidee, mag auch die Allgemeinheit noch so schwer habe.

Der Vorwärts verweist demgegenüber auf einen Beschluss des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten, der nach Ausbruch des Eisenbahnerstreiks gefaßt worden ist und wonach die Post- und Telegraphenbeamten noch dem Bericht des Deutschen Tagesschreibers bereit stellten, jederzeit an die Seite der Deutschen Postzeitung, das Verbandsorgan des Herrn Vogel, in deren Nummer vom 16. Februar zu lesen ist, daß im Vorstand der R. P. G. einmütig der Wille befunden wurde, „die mit dem Streik drohenden Eisenbahner moralisch und auch finanziell zu unterstützen und zu diesem Zwecke rostfrei einen Arbeitsgriffond für die eigenen Zwecke der R. P. G. zu schaffen, aus dem die finanzielle Unterstüzung der R. P. G. in ihrem Kampfe gegen das Arbeit-

gebeits erfolgen sollte.“

Der Vorwärts wiederholt danach seine Aussforderung an die auf internationale Fraktion, den Abgeordneten Vogel und auszuschließen, andernfalls ihre ganze Haltung in der Streikfrage zu kritisieren.

Die deutschen Reparationen

London, 18. Februar. Das neutrale Bureau teilt mit, daß die britische Regierung mit gewissen Vorbehalten ihre Zustimmung zu dem Vorschlag der französischen Regierung aus-

stippt, daß die Frage der deutlichen Reparationsverpflichtungen für das laufende Jahr von der Reparationskommission geprüft werde.

Die Rätsel der Schauspieler. Die Künstler des Neujährer Schauspielhauses veranstalten zugunsten der Unterstützungsfabrik deutscher Künstlerangehöriger am Ratskellerabend, 7½ Uhr, einen Sonnen Abend „Weihnachtsspieler“ mit anschließendem Ball. Die Eintrittskarten sind von Sonntag den 19. Februar an an der Tapetenstraße sowie im Waldschmid, Konzertdirektion R. Ries und Ries zu haben. Anzug: Kostüm, Gelehrte, Kostümtoilette oder aber möglichst bunter Anzug. Die Karten des Parkets und 1. Rangs berechtigen zur Teilnahme am anschließenden Ball. Der 2. und 3. Rang wird nur für Zuschauer zur Verfügung gestellt.

Rheinenz-Theater. Das Weihnachtsmärchen Die Sprinken gelangt bis auf weiteres jeden Sonntag, Mitwoch und Samstag, nachmittags 5½, Uhr, zu ermäßigten Preisen zur Aufführung. Begrenzt technische Vorbereitungen für die Weihnachtsspielen bis Die Sprinken der Nacht füllt die für Sonnabend den 25. Februar angelegte Märchenvorstellung aus. Die bereits für diese Vorstellung erhofften Karten behalten ihre Gültigkeit für Montag den 27. Februar. Die Frau ohne Mann gelangt spätestens abends 7½, Uhr in der bekannten Befreiung zur Aufführung. Als nächste Neuzeit geht Die Königin der Nacht, ein musikalischer Salmiak-Schwan in drei Akten von Arnold und Bach, Musik von Walter Rölli in Szene.

Aufführung durch die Gemäldegalerie zum Goldenen des Vereins von 9 bis 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteilung des 19. Jahrhunderts ihren Ausstellungen die Bedeutung der bedeutendsten Strömungen und Malerschulen dieser Zeit geben.

Wolfschule. Dienstag den 21. Februar beginnt eine Ausstellung für die Stadt Dresden. In der Sonnabend, vormittags 10 Uhr, folgendes Ereignis wird die Kunstschatzgalerie. Sie ist in der Abteil

# Deutsch-schweizerischer Schiedsgerichtsvertrag

## Deutscher Reichstag

171. Sitzung, Donnerstag, 16. Februar, 2 Uhr.  
Der deutsch-schweizerische Schiedsgerichtsvertrag  
(Erste Lesung.)

Nach diesem Vertrage verpflichten sich Deutschland und die Schweiz, alle Streitigkeiten legendmässiger Art, die zwischen ihnen entstehen und nicht in angemessener Weise auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, entweder einem Schiedsgericht oder Bergleichsverfahren zu unterwerfen.

Außenminister Dr. Rathenau: Gern hätte ich an diesem ersten Tage die Gelegenheit benutzt, mich über die Richtung unserer Außenpolitik zu äußern. Dieser ist der Zeitpunkt jedoch noch nicht gekommen. Der Vertrag, den ich Ihnen heute unterbreite, erscheint mir als ein gutes Vorbild für eine friedliche deutsche Zukunft. Es ist ein Vertrag des ausgleichenden Rechtes, eine neue Stellungnahme Deutschlands zum Gedanken der Schiedsgerichte.

Es ist bekannt, dass die alte Stellung Deutschlands zu den Schiedsgerichten, wie sie im Haag zutage trat, wenig positiv war. (Schwartz und Heimann links.) Nunmehr ein zwischen Völkern abgeschlossener Vertrag sieht eine so vollständige und umfassende Regelung der Streitigkeiten vor, wie der vorliegende Vertrag. Für die Rechtsgültigkeit des Reichsvertrages ist ein Schiedsgericht vorgesehen, es endgültig entscheidend. Für politische Konflikte haben Schiedsgerichte einzutreten, die zwar nicht endgültig entscheiden, sie aber doch Vorarbeit leisten und in allen wichtigen Fällen öffentlich endgültig entscheiden müssen. Wie hoffen, dass sich neuer Vertrag weitere Schiedsgerichtsverträge mit anderen Staaten anschließen werden. Das Recht ist die Voraussetzung für alle Arbeit, und somit ist das Recht auch Voraussetzung für legitime Wieder- aufbau in Europa. (Beifall.)

Abg. Dr. Schäffer (Dem.): Als Vorsitzender der deutschen Interparlamentarischen Union habe ich den Auftretensdruck zu geben, die uns beim Abschluss dieses Vertrages erfüllt. Die Interparlamentarische Union hat von Anfang an für die Schiedsgerichtsbarkeit in der ganzen Welt eingesetzt. Bildet in II. sollte nichts von einer internationalen Organisation die Wissenschaft stände zu sehr zu dem Machtgewalten. In Deutschland entwickelte man diesen Gedanken zu einer Theorie, die auf Hegels Lehren ruhte. Weil nach Hegel der Staat die Verwaltung der sittlichen Idee sein sollte, hielt man sich für befugt, die staatlichen Interessen über die Menschheitsinteressen zu stellen. Deutlich leuchtete man auch die Schiedsgerichtsverträge ab. Man meinte, der Abschluss eines solchen Vertrages mit der Schweiz verneinte den Respekt der Schweiz vor dem großen Deutschen Reich. Im Jahre 1907 hat das Deutsche Reich

nicht weniger als 17 Schiedsgerichtsverträge abgelehnt.

Wir müssen den Kampf des Rechts gegen die Gewalt führen. Wir begleiten den neuen Weg, der mit dem Vertrag eingeschlagen wurde. Dieser Vertrag wird mit der Schweiz geschlossen, der gegenüber wie die Pflicht der Dankbarkeit für wahre Neutralität und wahrnehmungslosigkeit für unsre Kriegsgefangenen empfinden. (Beifall links.) — Das Völkerrecht muss an unsern Universalien nicht Raum bekommen. Die ganze Kriegs- und Friedensrichteratur deutscher Professoren sollte man verbergen. (Beifall links.) Über diese deutschen Professoren lernen ja nicht um. Im Gegenteil. In drei Jahrzehnten sind Männer, weil sie Professoren sind, nicht zugelassen worden. (Lebhafte Röte, Beifall links.) Das gilt & A. von einem Völkerrechtsschüler und von einem Lehrer der romanischen Sprachen. Von George ist, wenn er glaubt, wir wollten unter Jugend für den Menschenfeind eingerichtet. (Sehr richtig! links.) Wir ergreifen die Jugend im Kriege abgedenkbar. Erst nach dem Ende von Versailles bestand der Frieden. Die Solidarität der Völker macht Norddeutsche. (Rote rechts: Oberschlesien!) Erinnern Sie sich an Napoleon. Auf rechts: Ein Militärischer! Jamoh, ein Militärischer, aber am Ende seines Lebens gestand er, dass auf die Dauer der Gedanke nicht in das Schwert. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Braun, Franken, (Soz.): Wir haben den ersten Glauben an eine höhere Form des Zusammenlebens der Völker. Deutlich ist, dass zur selben Zeit, da dieser Vertrag geschlossen wird, auch ein allgemeiner Schiedsgerichtshof entstanden ist. Wir begreifen, dass dieser Vertrag eine Ablösung von jenem ist, der von einer friedlichen Lösung der Völkerstreitigkeiten nichts will. Diese Schiedsverträge sind bedeutsame Dokumente und unaufhaltlich fortschreitenden Zeiten, die gegen den Krieg ist die Ausgleichung aller Differenzen ohne Gewalt herbeiführen. Menschenalter sind vergangen, seitdem die sozialistische Bewegung zum ersten Male für diesen neuen Geist ihre Stimme erhoben hat. Schon im Jahre 1885 sprach der Sozialdemokrat, dass die Solidarität der Völker marschieren werde. Und in dem Gründerprogramm der Sozialdemokratie wurde besagt, dass die Sozialisten den Gedanken des Schiedsgerichts promovieren und propagieren, und im neuen Sozialistischen Programm der Sozialdemokratie wird für den

### Völkerbund

für den großen, wahren Völkerbund geworben und gelämpft. Mit Stolz bekannte sich die Sozialdemokratie zu dem Geist jenes Mannes, der hier schon vor mehr als einem Jahrhundert zu dem Gedanken des Schiedsgerichts und der Völkerverbindung gekommen. Immanuel Kant sprach das folge und lüste Wort vom „ewigen Frieden“. Im Sinne mit diesem großen Deutschen begriff die Sozialdemokratie im vorliegenden deutsch-schweizerischen Schiedsgerichtsvertrag (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Kühl (D. Sp.): Möchte erklären, dass auch ein geweckter Krieg ein nationales Unglück sei! Auch wie sind der Meinung, dass friedliche Mittel zur Beilegung der Völkerstreitigkeiten benutzt werden sollen. Aber wir haben nicht den Glauben, dass alle Streitigkeiten auf diese Weise aus der Welt geschafft werden können. Wie teilen nicht die Illusionen der Sozialisten.

Abg. Dr. Brügel (D. Soz.): Wir begrüßen die Hoffnung von Herrn Kühl, dass der Deutshland auf der Haager Konferenz geblieben ist. Am Zweiten, einer der Gründe, die die Welt gegen Deutschland machte, war, dass Deutschland im Haag sich gegen den Vertrag zur Ordnung der Dinge gerufen haben als er erklärte. Der Krieg sei ein Verbrechen gegen Gott und die Menschheit. (Rote, Beifall links.)

Der Vertrag wird in zweiter und dritter Ergänzung definitiv angenommen.

Der österreichisch-deutsche Vertrag

Die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten und Kriegsopfern werden in allen drei Sitzungen angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Aussprache zum

### Reichsmittelgesetz

Das S 1 liegt ein Antrag Dr. Breitmann (D. Sp.) vor, den ich & zu freuen, der besagt, dass auf Verlangen der Gemeindebehörde das Reichtumsgesetz Rechtsverbindungen

über Gebäude oder Gebäudeteile nachzuprüfen hat und, wenn der betroffene Mietzins im Vergleich zu der gesetzlichen Miete für einen Vertragsteil eine schwere Unbilligkeit darstellt, an Stelle des vereinbarten Mietzinses die gesetzliche Miete festzusetzen.

Im Plenum sprang mit der Antrag mit 169 Stimmen gegen

129 Stimmen abgelehnt.

Es wird angenommen.

Abg. Bismarck (D. Sp.): Ich regte die Berechnung der gesetzlichen Miete.

1. die Grundmiete die angemessene Vergütung des im Hause angelegten Kapitals sowie eine angemessene Abschreibung enthalten muss und 2. eine Erhöhung der Miete unter gewissen, in dem Antrag näher formulierten Bedingungen nicht gerechtfertigt ist. Das Eigentum müsste geschützt werden. (Bürokrat von den Kommunisten.)

Auch Sie wissen die Eigentum zu schützen.

Abg. Schad (Genf.): Der deutsche Grundbegriff „Eigentum“ ist auch in die deutsche Verfassung aufgenommen werden, und die Deutsche Volkspartei hat dies zugestimmt.

Der erste Teil des Antrages wird mit 164 gegen 135 Stimmen abgelehnt.

§ 8 steht die Zustände zur Grundmiete vor:

„... der Aenderung, dass nicht die Kosten für die Errichtung Zusatzlöhne beanspruchen sollen, sondern die Steigerung der Kosten.“

§ 1: „grache Instandsetzungsarbeiten, die

Butztag für derartige Arbeiten hat, mit ein Konkurrenzunternehmen nicht eine gemeinsame Lasse einzurichten, sondern für jedes Haus ein besonderes Haustonto. Der Paragraph wird in dieser Fassung angenommen.

Eingelegt wird ein neuer § 8, der vorsieht, dass die Gemeindebehörden berechtigt sein sollen, im Falle der Beleidigung des Haushalters die Instandsetzungsarbeiten selbst vorzunehmen.

Der § 10 (Feststellung des Hundertages), den die Deutschen nationalen freuen wollen, wird angenommen.

### § 16. Wittervertretung.

Abg. Fischer, Köln (Dem.) beantragt Streichung. Es wird mit 161 gegen 123 Stimmen abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird angenommen.

Das Gesetz tritt am 1. Juli 1922 in Kraft.

In einer Entschließung wird gefordert, dass die Reichsregierung bis zum 1. April 1926 den geschiedenen Körperschaften den Entwurf eines Gesetzes über die Wiederherstellung oder Aufhebung des Reichsmittelengesetzes vorzulegen habe.

Damit ist die zweite Lektion beendet.

Abg. Dietmann (Münch. Soz.): Ich erkläre außerhalb des Tagesabend: Der Reichsverkehrsminister Groener hat gestern den Reichstag in den Glauben zu versetzen gelassen, dass bereits eine Verjährung des Reichsverkehrsministeriums erlassen worden sei, was nach die Entlastungen und Disziplinierungen der Eisenbahnen und Arbeiter nachgeprüft und gemäßigt werden sollten. Ich bitte fest, dass nach mir gewordenen überlässigen Informationen eine solche Verjährung auf der Zeit, als hier der Reichsverkehrsminister Groener diese Behauptung aufgestellt hat, noch nicht ergangen war. (Auszug links.)

Staatssekretär Stiebel: Nachdem der Reichsminister Dittmann öffentlich die Mitteilung des Ministers begegnet hat, stelle ich fest, dass der Minister am gestrigen Tage, als er vor dem Reichstag sprach, den Erfolg unterzeichnete, der gestern abend noch an die Delegationen abgetragen worden ist. (Lebhafte Röte, Beifall rechts.)

Rächige Sitzung Heute 2 Uhr. — Schluss § 8. — 1. — 2. — 3. — 4. — 5. — 6. — 7. — 8. — 9. — 10. — 11. — 12. — 13. — 14. — 15. — 16. — 17. — 18. — 19. — 20. — 21. — 22. — 23. — 24. — 25. — 26. — 27. — 28. — 29. — 30. — 31. — 32. — 33. — 34. — 35. — 36. — 37. — 38. — 39. — 40. — 41. — 42. — 43. — 44. — 45. — 46. — 47. — 48. — 49. — 50. — 51. — 52. — 53. — 54. — 55. — 56. — 57. — 58. — 59. — 60. — 61. — 62. — 63. — 64. — 65. — 66. — 67. — 68. — 69. — 70. — 71. — 72. — 73. — 74. — 75. — 76. — 77. — 78. — 79. — 80. — 81. — 82. — 83. — 84. — 85. — 86. — 87. — 88. — 89. — 90. — 91. — 92. — 93. — 94. — 95. — 96. — 97. — 98. — 99. — 100. — 101. — 102. — 103. — 104. — 105. — 106. — 107. — 108. — 109. — 110. — 111. — 112. — 113. — 114. — 115. — 116. — 117. — 118. — 119. — 120. — 121. — 122. — 123. — 124. — 125. — 126. — 127. — 128. — 129. — 130. — 131. — 132. — 133. — 134. — 135. — 136. — 137. — 138. — 139. — 140. — 141. — 142. — 143. — 144. — 145. — 146. — 147. — 148. — 149. — 150. — 151. — 152. — 153. — 154. — 155. — 156. — 157. — 158. — 159. — 160. — 161. — 162. — 163. — 164. — 165. — 166. — 167. — 168. — 169. — 170. — 171. — 172. — 173. — 174. — 175. — 176. — 177. — 178. — 179. — 180. — 181. — 182. — 183. — 184. — 185. — 186. — 187. — 188. — 189. — 190. — 191. — 192. — 193. — 194. — 195. — 196. — 197. — 198. — 199. — 200. — 201. — 202. — 203. — 204. — 205. — 206. — 207. — 208. — 209. — 210. — 211. — 212. — 213. — 214. — 215. — 216. — 217. — 218. — 219. — 220. — 221. — 222. — 223. — 224. — 225. — 226. — 227. — 228. — 229. — 230. — 231. — 232. — 233. — 234. — 235. — 236. — 237. — 238. — 239. — 240. — 241. — 242. — 243. — 244. — 245. — 246. — 247. — 248. — 249. — 250. — 251. — 252. — 253. — 254. — 255. — 256. — 257. — 258. — 259. — 260. — 261. — 262. — 263. — 264. — 265. — 266. — 267. — 268. — 269. — 270. — 271. — 272. — 273. — 274. — 275. — 276. — 277. — 278. — 279. — 280. — 281. — 282. — 283. — 284. — 285. — 286. — 287. — 288. — 289. — 290. — 291. — 292. — 293. — 294. — 295. — 296. — 297. — 298. — 299. — 300. — 301. — 302. — 303. — 304. — 305. — 306. — 307. — 308. — 309. — 310. — 311. — 312. — 313. — 314. — 315. — 316. — 317. — 318. — 319. — 320. — 321. — 322. — 323. — 324. — 325. — 326. — 327. — 328. — 329. — 330. — 331. — 332. — 333. — 334. — 335. — 336. — 337. — 338. — 339. — 340. — 341. — 342. — 343. — 344. — 345. — 346. — 347. — 348. — 349. — 350. — 351. — 352. — 353. — 354. — 355. — 356. — 357. — 358. — 359. — 360. — 361. — 362. — 363. — 364. — 365. — 366. — 367. — 368. — 369. — 370. — 371. — 372. — 373. — 374. — 375. — 376. — 377. — 378. — 379. — 380. — 381. — 382. — 383. — 384. — 385. — 386. — 387. — 388. — 389. — 390. — 391. — 392. — 393. — 394. — 395. — 396. — 397. — 398. — 399. — 400. — 401. — 402. — 403. — 404. — 405. — 406. — 407. — 408. — 409. — 410. — 411. — 412. — 413. — 414. — 415. — 416. — 417. — 418. — 419. — 420. — 421. — 422. — 423. — 424. — 425. — 426. — 427. — 428. — 429. — 430. — 431. — 432. — 433. — 434. — 435. — 436. — 437. — 438. — 439. — 440. — 441. — 442. — 443. — 444. — 445. — 446. — 447. — 448. — 449. — 450. — 451. — 452. — 453. — 454. — 455. — 456. — 457. — 458. — 459. — 460. — 461. — 462. — 463. — 464. — 465. — 466. — 467. — 468. — 469. — 470. — 471. — 472. — 473. — 474. — 475. — 476. — 477. — 478. — 479. — 480. — 481. — 482. — 483. — 484. — 485. — 486. — 487. — 488. — 489. — 490. — 491. — 492. — 493. — 494. — 495. — 496. — 497. — 498. — 499. — 500. — 501. — 502. — 503. — 504. — 505. — 506. — 507. — 508. — 509. — 510. — 511. — 512. — 513. — 514. — 515. — 516. — 517. — 518. — 519. — 520. — 521. — 522. — 523. — 524. — 525. — 526. — 527. — 528. — 529. — 530. — 531. — 532. — 533. — 534. — 535. — 536. — 537. — 538. — 539. — 540. — 541. — 542. — 543. — 544. — 545. — 546. — 547. — 548. — 549. — 550. — 551. — 552. — 553. — 554. — 555. — 556. — 557. — 558. — 559. — 560. — 561. — 562. — 563. — 564. — 565. — 566. — 567. — 568. — 569. — 570. — 571. — 572. — 57

Sonnabend  
Montag  
Dienstag

Mittwoch  
Donnerstag  
Freitag

# Großer Sonder-Verkauf

von

# Kurzwaren

Seltenen unserer Einkaufshäuser wurden uns grosse Warenposten speziell für diese Extra-Veranstaltung überwiesen. Die sehr billigen Preise werden überraschen. Decken Sie daher Ihren Bedarf für die nächste Zeit.

Baumwollband schwarz . . . . Stück = 4 Meter

Frisoletband schwarz u. weiß, Stück = 5 Meter

Gardinenringband Meter

Bettgimpe Meter

Rolloschnur Meter

Hosenschoner Meter

Sammetstoß Meter

1 25 Rüschenstrumpf-Gummi . . . . Meter

2 85 Strumpfband . . . . Meter

Damen-Strumpfhalter . . . . Paar

Spiralstrumpfhalter . . . . Paar

Kragenstützen Spiral . . . . 1 Dutzend

Patenthosenknöpfe . . . . 1 Dutzend

Druckknöpfe rostfrei . . . . 1 Dutzend

4 90 Hemdenknöpfe Porzellan . . . . 1 Dutzend

4 90 Wäscheknöpfe Porzellan . . . . 1 Dutzend

Reißzwecken . . . . 3 Dutzend

Lockennadeln . . . . Brief

Haarnadeln . . . . Brief

Stopfgarn . . . . Knauf

Stopftwist . . . . Knauf

15 d Heftgarn Rolle

40 d Sternzwirn Stern

95 d Nähseide Erstaus. . . . 50-Meter-Rolle

15 d Lacetband alle Farben Meter

35 d Strickbaumwolle lederfarbig . . . . Lage 50 g

25 d Schuhsenkel Makro. 80-120 cm . . . . 1.15, 1.05,

75 d Schuhsenkel Eisengarn. 80-100 cm . . . . 95, 85,

4 90 Heftgarn Rolle

65, Sternzwirn Stern

2 90 Nähseide Erstaus. . . . 50-Meter-Rolle

45, Lacetband alle Farben Meter

10 80 Strickbaumwolle lederfarbig . . . . Lage 50 g

95, Schuhsenkel Makro. 80-120 cm . . . . 1.15, 1.05,

75, Schuhsenkel Eisengarn. 80-100 cm . . . . 95, 85,

## Große Posten Kleiderstoffe

Schotten für Blusen und Kinderkleider Meter

Blusenstreifen Meter 85,00

Kleider-Cheviots Meter 40,00

Kleiderschotten doppeltbreit Meter 65,00

Karierte Rockstoffe ca. 100 cm breit Meter

Gestreifte Rockstoffe ca. 100 cm breit Meter

Einfarbige Kleiderstoffe Meter

Popeline schönes Karo für Blusen und Kleider Meter

33 75

49 96

39 75

49 00

37 50

69 00

39 75

95 00

## Große Posten Wäschestickereien und Spitzen

Wäschebogen Meter 1.25, 95, 75,

Wäschebörchen Meter 1.75, 95, 50,

Wäschestickerei 3-4 cm Meter 8.95, 2 10

Wäschestickerei 4-5 cm Meter 8.95, 5 80

Wäschestickerei 8-10 cm Meter 8.95, 7 8

1 großes Sortiment mod. Broschen zum Aussuchen, jedes Stück 475

mod. Halsketten z. Anzugh., jedes Stück 12.75, v.T. 5 75

Weisse Taschenfücher gebrauchsfertig, Stück 725

Ein großes Sortiment wie Spangen, Pfeile, Nackenkämme, Seltencämmen, zum Aussuchen Posten I 9.75, Posten II 4.75, Posten III 2 95

Taschenbügel mit kl. Fehlern, g. 375

Aussuch. jed. Stück 12.75, 10 75

Zahnbürste mit kl. Fehlern, g. 375

Haarschmuck mit farbig. Kante, 6 75

Taschenfücher mit farbig. Fehlern 6 75

Rockstickereien ca. 30 cm breit Meter

Rockstickereien ca. 30 cm breit Meter

Hemdenpassen Doppelstoff, bestickt, Stock 10.80,

Zwirnspitzen 1 1/2-3 cm Meter 8.25, 75,

Zwirnspitzen 3-6 cm Meter 8.25, 1 95

Baumwollwaren

Körperbarchent ungebleicht Meter

Hemdenflanelle gestreift Meter

Gestreifter Hemdennessel Meter

Blusenflanelle Meter 38.75,

Kleiderdrucks Meter

Hemdentuche Meter 26.85, 24.75,

Handtuchstoffe Gertenkorn Meter 19.75,

Schürzenstoffe gestreift Meter

Heute abend 7.15 Uhr

Serpentin-Ballett

In Feuer und Flammen

sowie weitere

20 neue Attraktionen

Sonntag auch 3 Uhr

Kinder halbe Preise

Vorverkauf: Circuskasse ab 10 Uhr

vorm. Untertheater, Tel. 23843,

Residenz - Kaufhaus ohne Preisabschlag

20 neue Attraktionen

Sonntag auch 3 Uhr

Kinder halbe Preise

Vorverkauf: Circuskasse ab 10 Uhr

vorm. Untertheater, Tel. 23843,

Residenz - Kaufhaus ohne Preisabschlag

20 neue Attraktionen

Sonntag auch 3 Uhr

Kinder halbe Preise

Vorverkauf: Circuskasse ab 10 Uhr

vorm. Untertheater, Tel. 23843,

Residenz - Kaufhaus ohne Preisabschlag

20 neue Attraktionen

Sonntag auch 3 Uhr

Kinder halbe Preise

Vorverkauf: Circuskasse ab 10 Uhr

vorm. Untertheater, Tel. 23843,

Residenz - Kaufhaus ohne Preisabschlag

20 neue Attraktionen

Sonntag auch 3 Uhr

Kinder halbe Preise

Vorverkauf: Circuskasse ab 10 Uhr

vorm. Untertheater, Tel. 23843,

Residenz - Kaufhaus ohne Preisabschlag

20 neue Attraktionen

Sonntag auch 3 Uhr

Kinder halbe Preise

Vorverkauf: Circuskasse ab 10 Uhr

vorm. Untertheater, Tel. 23843,

Residenz - Kaufhaus ohne Preisabschlag

20 neue Attraktionen

Sonntag auch 3 Uhr

Kinder halbe Preise

Vorverkauf: Circuskasse ab 10 Uhr

vorm. Untertheater, Tel. 23843,

Residenz - Kaufhaus ohne Preisabschlag

20 neue Attraktionen

Sonntag auch 3 Uhr

Kinder halbe Preise

Vorverkauf: Circuskasse ab 10 Uhr

vorm. Untertheater, Tel. 23843,

Residenz - Kaufhaus ohne Preisabschlag

20 neue Attraktionen

Sonntag auch 3 Uhr

Kinder halbe Preise

Vorverkauf: Circuskasse ab 10 Uhr

vorm. Untertheater, Tel. 23843,

Residenz - Kaufhaus ohne Preisabschlag

20 neue Attraktionen

Sonntag auch 3 Uhr

Kinder halbe Preise

Vorverkauf: Circuskasse ab 10 Uhr

vorm. Untertheater, Tel. 23843,

Residenz - Kaufhaus ohne Preisabschlag

20 neue Attraktionen

Sonntag auch 3 Uhr

Kinder halbe Preise

Vorverkauf: Circuskasse ab 10 Uhr

vorm. Untertheater, Tel. 23843,

Residenz - Kaufhaus ohne Preisabschlag

20 neue Attraktionen

Sonntag auch 3 Uhr

Kinder halbe Preise

Vorverkauf: Circuskasse ab 10 Uhr

vorm. Untertheater, Tel. 23843,

Residenz - Kaufhaus ohne Preisabschlag

20 neue Attraktionen

Freitag den 17. Februar 1922

Vollzeitung

Seite 5

# Die Beamtenpolitik

## Sächsischer Landtag

96. Sitzung Donnerstag, 16. Februar  
Präsident Erdmann eröffnet die Sitzung nach 1 Uhr und begrüßt den neuen Abg. Dr. Graf (Sos.), der für den erkrankten Abg. Röller eintritt.

Es erfolgen zunächst mehrere Abstimmungen:

Der Antrag Dr. Seifert und Genossen zur Frage der Abg. Reinhold und Genossen wegen der sozialistischen Ministerkonferenz:

Der Landtag erklärt sich durch die Erklärung der Regierung nicht für befriedigt und mißbilligt sie mit den Stimmen der Linksmehrheit abgelehnt. Dann erfolgt die Abstimmung über den Antrag des Abg. Ebert (Komm.) auf Auszahlung einer einmaligen Leistungszulage an die Arbeitnehmer und Rentenlosen.

Der Haushaltsausschuss B hat dazu folgenden Antrag gestellt: Der Antrag Ebert ist nicht durchführbar, da nicht der gesamte Sachsen, sondern das Herz die Verpflichtung hat, für die Rentner ausreichend zu sorgen. Gleichwohl wird die sächsische Regierung erachtet, mit aller Entschiedenheit bei im Rechte vorliegend zu werden, um die immer mehr steigende Not aller Rentner zu beheben.

Weitere dazu vorliegende kommunistische Minderheitsanträge, die teilweise sogar noch über den Antrag Ebert hinausgehen, werden mit großer Mehrheit abgelehnt, worauf im Sinne des Ausschanktrages beschlossen wird.

Es folgt die zweite Beratung über den Gesetzentwurf: Auszahlung der Dienstbezüge der Polizei- und Forstwachschule zum Gehaltsrechner.

Nach Ablehnung eines Antrages Anders (D. W.) auf Auszahlung wird die Vorlage gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien angenommen.

### Sicherstellung des Religionsunterrichts.

Eine Anfrage Blüher (D. W.) lautet: Ist die Regierung bereit, Maßnahmen zu treffen, die den geschäftsmäßigsten Religionsunterricht in den Volksschulen aller Orte des Landes sicherstellen?

Abg. Dr. Hermann (D. W.) behauptet, daß der überwiegende Teil des Volkes noch heute am Religionsunterricht festhält. Die Erteilung des Religionsunterrichts sei daher ein Gebot der Menschenfreiheit. Versöhnung müsse die Lösung des Tages sein, nicht phantastisch gesuchte Feindschaft zwischen Kirche und Schule.

Kultusminister Heßner erklärt, daß er sich auf eine Religionsfreiheit nicht einläßt. Die Reichsregierung habe bisher seiner Verordnung über die Anmeldung zum Religionsunterricht durchaus zugestimmt. Die rechtliche Grundlage für den Religionsunterricht im Lande bilde zur Zeit das Übergangsgesetz. Danach sind die Verordnungen über den Religionsunterricht gültig. Man kann dem Ministerium nicht vorwerfen, daß seine Bestimmungen nicht ausreichen, um in allen Orten des Landes den Religionsunterricht zu gewährleisten.

Abg. Dr. Seifert (Dem.): Die Kirche hat fast nichts getan, um die religiösen Lehren zu gewinnen, was sie aber getan hat, war sogar geeignet, die Lehren von ihrem Vorhaben abzuweichen. Die heutigen Thesen waren eine Bewegung für den Religionsunterricht und für die Religion. Sie ist durch die Schule der Kirche und der ihr nahestehenden Kreise nicht bloß ins Stoden getreten, sondern sogar in das Geiste umgeschlagen. Die offizielle Kirche verleiht immer mehr und mehr die Führung mit dem Volke.

Abg. Dr. Reinhold (D. W.): Die Förderung der Anwendung zum Religionsunterricht ist ungeschickt. Wenn die Reichsregierung bisher nicht den Mut gefunden hat, die sächsische Regierung auf diesem Gebiet der Unmöglichkeit zu zeigen, so ist das eine Sache für sich. Die Ausführungen des Abg. Dr. Seifert weichen weit vom Gegenstand der Tagesordnung ab. Er hat Behauptungen aufgestellt, die den tatsächlichen Zustand zuwidern.

Abg. Westel (U. Soz.): Die Interpellanten wollen der Regierung wieder einmal Schwierigkeiten machen. Man hält darüber alle Hände über den Religionsunterricht, die sonstigen Belästigungen des Übergangsgesetzes scheinen aber für die Schuleute überhaupt nicht zu existieren. Die Regierung hat ihre volle Schuldigkeit gezeigt. Wir sehen in dem Antrage keine sachliche Forderung der Frage, sondern eine kleinliche Brüderlichkeit der Regierung.

Abg. Ebert (Sos.):  
Selten ist ein Antrag so schwach begründet worden, wie der heutige durch den Antragsteller selbst; er war so schlecht begründet, daß er einer Bezeichnung gar nicht wert gewesen ist. Der Gefundene, den er heute gefunden hat, war auch nicht instand, die so schwach begründete Anfrage besser zu fundamentieren. Welt Sie (nach rechts) kein Taschenmaterial haben, kommen Sie mit jenen Taschenrechnern. Der Antrag hält uns nur in unsern Arbeiten auf. Die Allgemeinheit hat ein Interesse an der Beantwortung der Frage: Wie kommen die großen Kreise des Volles, die kein Interesse am Religionsunterricht haben, dazu, aus ihnen Steuern die Belohnung für die Lehrkräfte zu tragen? Deshalb erfordert es die Berechtigung, daß die Volkskreise den

Religionsunterricht bezahlen, die ihn haben wollen. Die Motive zu der Anfrage sind nicht etwa aus der Sorge herausgeboren, daß Jüden das wird, was die Verfassung gewährleistet, sondern es sind politische Motive. Die weltliche Schule marschiert. Es gibt nur eine zufällige Lösung: Der Staat darf in seiner staatlichen Schule keinen Religionsunterricht erteilen!

Abg. Heßner (Benz.): Es ist eine vollkommen irrtümliche Auffassung, daß sich die Reichsregierung auf Seite des sächsischen Kultusministeriums gestellt habe. Die antikirchliche Bewegung gegen den Religionsunterricht hat ihren Höhepunkt überschritten. Kultusminister Heßner wundert sich über die Durchsetzungskraft, mit der Heßlein an der Legende festhalte, die Reichsregierung sei seiner Ansicht.

Abg. Schmoller (Stomm.): fordert, daß die Regierung eine eifrigste Propaganda für die weltliche Schule entfalten solle.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. — Ein Antrag Blüher (D. W.): Beantwortung von Beschwerden über die Tätigkeit von Reichsverwaltungsstellen durch Vertreter der Reichsregierung wird gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien abgelehnt.

### Wiederholung

Der Reichsausschuss hat sich mit dem Antrage Ebert (Komm.), der das Wiederaufnahmegericht der Mieten bei Selbstvertragsmietern, sowie die Überführung des privaten Haushaltseigentums in den Besitz der Mietgenossenschaft fordert, beschäftigt und beantragt seine Ablehnung. Demgemäß wird mit großer Mehrheit beschlossen.

Dagegen wird ein unabhängiger Antrag auf Erlass eines Höchstmietengesetzes gegen die bürgerlichen Stimmen angenommen. Auch ein Antrag der Demokraten, die Regierung zu erufen, das Bandeswohnungsamt zu beauftragen, Richtlinien für die Mieteinstellung gämt über die Erhöhung der Mieten im Lande aufzustellen, findet Annahme (gegen die kommunistischen Stimmen).

Der Gegenentwurf: Abänderung des Brandversicherungsgesetzes vom 1. Juli 1910 wird in der Ausschusssitzung angenommen.

Der Antrag Behrmann und Genossen (Dem.) auf Vor- und Vergleichsausschüsse nach Abschluß der Gemeindewahlen wird abgelehnt.

Der Reichsauditorium beantragt, den Antrag Ebert (Komm.) der entschiedene Maßnahmen zur Sicherstellung der Mietstoffversorgung

ferdet, abzulehnen, weil er praktisch nicht durchführbar sei.

In Verbindung damit kommt zur Beratung eine Anfrage Blüher (D. W.), welche Schritte die Staatsregierung beim Reichsverkehrsministerium zu unternehmen gedenkt, um die den sächsischen Staatsbürgern durch die ganz unholzbaren Bütstände im Güterverkehr entstehenden Verluste zu entschädigen, insbesondere, soweit sie aus dem vergrößerten Transport von Kartoffeln in die zahlreichen Fässeln in vollständig ersticktem Zustande abgesiebert wurden, entstanden.

Wirtschaftsminister Heßlich: Soweit Güter durch Überbeladung der Eisenbahn durch Verlusten der Eisenbahn beschädigt werden, hat die Eisenbahn Erfolg zu leisten. In welchem Umfang ist in den §§ 88 und 94 der Eisenbahnverkehrsordnung festgesetzt. Schadensersatzpflicht besteht, wenn die Eisenbahn die beständige Sorgfalt bei der Beförderung der Güter außer acht gelassen hat. Das ist also eine Tatsache und kann nur von Fall zu Fall entscheiden werden.

Es auch den Empfängern überlassen werden, ihre Schadensersatzpflicht geltend zu machen. Die Regierung hat das Recht, noch einen Antrag, wegen derartiger Ansprüche der Empfänger an die Reichsregierung zu bringen. Der kommunistische Antrag wäre nur durchführbar bei Wiedereinführung der Gewerbeprüfung. Daran ist aber noch das Ergebnis der letzten Konferenz der Ernährungsminister nicht zu denken.

Sache der Landwirte wird es aber sein, dann beizutragen, daß der Aufschwungsförderung der Zwangsarbeit nicht noch langer entgeht, als es in der letzten Zeit der Fall schon war. Die sächsische Regierung hat das Recht, noch einen Antrag, wegen derartiger Ansprüche der Empfänger an die Reichsregierung zu bringen.

Der Antrag Dr. Reinhold (Dem.) auf Unterstützung der Leipziger Messe wird ohne Begründung und ohne Debatte dem Haushaltsausschuss überreicht.

Hieraus kommt zur Verhandlung die Anfrage Dr. Wagner, der wegen der

Neubefreiung der Leitung der ersten Abteilung des Ministeriums des Innern.

Es handelt sich dabei um die Erziehung des Ministerial-

büroffers Dr. Schmidt durch den sozialdemokratischen Kämmerer Dr. Lempke.

Abg. Wagner führt begründend aus, daß der Minister für die Bezeichnung Dr. Schmidt, die Personalpolitik solle fünfzig frei sein von Parteieneinschaltungen und dem Einfließen sollte freie Wahl geschaffen werden. Das enthalte einen schweren Vorwurf gegen Dr. Schmidt, aber auch gegen alle Minister, die die Personalpolitik zu bedenken haben. Kein Mensch werde begegnen sein, daß dem Einfließen freie Wahl geschaffen werde. Tatsächlich ist aber die Familienverantwortlichkeit von der Parteieneinschaltung abgelöst worden.

(Die Rede des Ministers Bipinski siehe Hauptblatt)

Abg. Müller, Ohmann, (Soz.) gibt für seine Fraktion folgende Erklärung ab:

Wir betrachten die Anfrage als einen weiteren Vorstoß gegen die sozialistische Regierung und im besonderen gegen ihre Beamtenpolitik. Derartige Aktionen sind von den bürgerlichen Parteien so zu dem Radikalismus verbündeten Zentrumsabgeordneten schon so oft unternommen worden, daß es sich nicht mehr lohnt, lange darüber zu reden.

Der Zweck derterletzt ist zu durchdringen und auch der größte Teil der Beamten hat bereits erkannt, daß es sich bei solchen Vorwürfen nicht um Wahrnehmung von Beamten- und Staatsinteressen handelt, sondern um reaktionäre Männer.

Die Beamtenpolitik der Regierung im allgemeinen erklären wir im Gegenzug zu den Proletariern, daß das, was bis jetzt auf dem Gebiet der demokratischen Umgestaltung erreicht worden ist, noch längst nicht befehlte. Wir wünschen, daß die Regierung die Demokratierung des Beamtenforschers energischer und zielvoller in die Wege leitet. (Stavol bei den Sozialdemokraten)

Abg. Bünker (Dnat. W.): Es ist eine unglaubliche Errungenschaft der Revolution, angebliche oder wirkliche Mängel durch Presseveröffentlichungen von Seiten der Regierung zu beseitigen. Der Minister habe es verstanden, das eigentliche Thema zu verbergen. Obwohl unparlamentarisch sei es, daß Parlament mit Material förmlich zu überreden, ohne daß sich der Angeklagte verteidigen kann und ohne daß man das Material breiten könnte. Was der Minister vorgebrachten habe, sei noch kein Beweis, daß Verwundes bei Besetzung von Beamtenstellen berücksichtigt werden sind.

Abg. Dr. Steinhold (Dem.): Der Minister habe Prokollen aus der Zeit des Königtums vorgelesen, daß man sich nur wundern könne, was das mit der Entlassung Dr. Schmidts zu tun haben sollte. Die Entlassung Dr. Schmidts sei in seiner Weise gerechtfertigt. Gerede Dr. Schmidts habe große Verdienste um den Staat und zwar um den heutigen Staat. Einem sozialen Mann stelle man nicht den Stuhl vor die Tür. Wir wollen keine Politisierung, keine Rückwendung politischer Streiter. Der Redner warnt den Minister vor Fortschreibung seiner Beamtenpolitik.

Abg. Blüher (D. W.): Der Minister hat aus alten Akten etwas vorgelesen, um das Thema zu verschließen. Es war ein humoristische Schilderung aus früherer Zeit.

Minister des Innern Bipinski bemerkt, daß er gegenüber Dr. Schmidt Logikat bewiesen, indem er ein Jahr lang ein unerträgliches Verhältnis befreit haben will. Die eigentliche Sache, warum ein Zusammenarbeiten mit Dr. Schmidt nicht mehr möglich war, ist, daß Dr. Schmidt ein verfassungswidriges Verlangen der Beamtenorganisationen gehabt hat mit der Drohung seines Rücktritts. Im Staat kann keine Regelung einen Widerstand dulden, weder unterirdisch noch oberirdisch. (Wortlos)

Abg. Heßner (R.): Die Bezeichnung des Dr. Schmidt, der kein Konserватiv war, läßt sich mit den demokratischen Grundsätzen nicht vereinbaren. Die Beamtenpolitik der heutigen Regierung weist mehr Fehler auf als die der alten Regierung. Das Material des Ministers ist in seiner Weise schäbig.

Abg. Müller, Beizing (U. Soz.), schließt sich der Erklärung der mehrheitssozialistischen Fraktion an.

Damit schließt die Aussprache. — Es folgt noch die Besprechung der Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik.

Dazu liegt eine Anfrage Hofmann (D. W.) vor, die in den bekannten Sympathierklärungen des Dresdner Lehrer-vereins und des Verbands Sächsischer Polizeibeamten eine Aufforderung gegen die Anführungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, die die Unterstüzung des Eisenbahnerstreiks unter schwere Strafe stellen, erhebt und wissen will, was die sächsische Regierung getan hat oder was sie zu tun gedenkt, um der durch solches Verhalten eines Teiles der Beamtenschaft für Staat und Volk konträren beweisen zu können.

Abg. Heßner (R.): Wir sind nicht Gegner des Koalitionsrechts, aber die Hochachtung vor den Beamten läßt es bei uns nicht zu, daß wir dem Beamten das Streitrecht zuverleihen können. Der Streit habe den Eintritt eines neuen sozialistischen Offensiven gemacht.

Ministerpräsident Bud: Die Ausschaffung der Proletarier, daß sich die genannten Organisationen bewußt gegen die Verfügung des Reichspräsidenten gewendet haben, ist nicht zutreffend.

Wiederholung der Aussprache, daß sich ihr danach zu und schloß die Augen. —

In der Baderstube saß das Kindchen in seinem Bettchen und spielte mit einem Hambelmann. Vene begab sich hinüber.

Die Augen blieben summervoll, und das Kindchen des Bubchens stimmte sie nicht heiter wie sonst. Der Medizinalrat hatte es klipp und klar gelegt, mit der Belloffung ging's zu Ende. Es tat ihr verzagt leid um die Alte. Da konnte man lang suchen, bis man sie viel Brothe wiederfand. Wie würde sie vergessen, was die Gute an ihr getan. Wie sollte es nun werden? Sie mußte bei Gott umsonst hoffen, wenn sie das Kindchen in Wiese gab. Sie zerbrach sich den Kopf und wußte niemand. Wenn sie sich mit ihrer Freundelegin, der Neideln, zusammentat? Die hatte zur Beerdigung der Kinder ihre Gute ins Haus genommen. Der Blau war nicht schlecht. Und doch stellte sich ein Bedenken ein. Der Neideln ging die Arbeit an der Strickmaschine schwer von der Hand. Vobei war sie auf den Wiesen verloren wie der Teufel auf einer armen Seele und saß's mit erschöpftem Leid, daß die Kameradin zwei, auch drei Marz mehr verdiente. Darauf fuhrend, wurde sie sicher ein hohes Rostgeld verlangen. Das konnte und wollte Vene nicht geben. So gering ihr Wochenlohn auch war, befolgte sie doch den Grundlos, vorlängig an allerlei Verfallen denkend, einen Teil des Verdienstes zurückzulegen. Gerade in den letzten Wochen hatte sie's mit Anbringung aller Kräfte auf rund dreizehn Mark gebracht. Da war die Kienholzfrau mit frechen Reden gefommen. Die Vene habe es wohlhaft nicht nötig, so viel Geld zusammenzutragen. Der Herr Bollhardt bezahlte den Kaufdienst so gut, daß sie allein davon leben könne. Noch dazu Gelegenheit gehabt. Die Vene las so unabschöpflich nun Johs es lautstark hinter den Ohren.

„Guten Abend!“ bat er die Zeit. Beim Klönen der Stimme befahl Vene ein jäher Schreck, und alles Wut strömte ihr nach dem Herzen. Als müßte sie ihr Kind beschützen, wohin sie vor dem Bettchen Steuern.

„Schloss!“ stieß sie angstvoll hervor. „Was willst du?“ „Du brauchst nicht zu erkennen, Vene.“ logte der Schreiber in lässigem Ton. „Bin ein geschlaifter Mann. Ich alle verloren, mein Vater, meine Ehe.“ Und gab in den Tod.“

Der Zimmergeistkult gegenüber gewann sie ihre Hoffnung zurück.

„Tu, was du willst. Ich kann nicht mit dir zu kriegen.“ (Beifüllung folgt)

## Kinder des Volks

Von Alfred Bock

Eben hatte sie der Kranken eine kräftige Fleischbrühe eingeschüttet. Danach wurde die alte Gelbstädtig wie in goßenden Tagen.

„Ja, Vene, 's ist mir nicht mit mir.“

„Sprechen Sie nicht so, Frau Belloff, das gibt sich wieder.“

„Glaubst du 's? Ich glaub' s nicht.“

„'s ist nicht aus mir, daß ich's sag.“

„Der Medizinalrat?“

„Na, wohl.“

„Ich der!“

„Weißogen hat er dann die Arznei verschrieben? Die hilft.“

„Närrchen! Die hilft gewiß. Wann nicht mir, so dem Pothofeier. 's ist nig mehr, Vene. Und was ist dabei? Den Weg müssen wir all' gehen. Ich hab' nun die Tochter. Wann man zu nig mehr nütz ist auf der Welt und andern zur Last fallen soll, macht man sich am besten fort. Gud, Vene, ich hab' mich mein Leben lang abdrücken müssen. Und beklag' mich nicht. Die sich gegen das Arbeiten auslehnern, das ist freilich, daß die armen Leut' dünnen Suppe fochten. Ist schlimm. 's wird jetzt so viel Amerika, vielleicht, daß es doch einmal anders wird. Häfft's gern noch erlebt. No ich den' Pothof, droben wird man's auch gewohnt. Dann ich glaub' an das Himmelreich. Und hoch! Weil ich nicht allen Adjes legen kann, soll auf meinem Grabstein stehen: „Wiederkehr ist meine Hoffnung.“

„Frau Belloff,“ siel ihr Vene ins Wort, „Sie tun sich mit dem Sprechen zu viel. Das hat ja all' noch Zeit.“

„Doch mich,“ wehrte die Mutter ab. „Ah' ich's vergeßt, liegen, steht ein Kommod'. weicht, wo meine guten Schürzen, steht ein Bettel. Und ist alles aufgeschrieben. Das Websstück friegt meine Schwesterlind in Volksartshain. Das berichtet sich von selbst. Über du friegst auch dein Zeil und das Körbchen egtra. Ja, das wär's. Zeit ist mir leicht. No, mein' ich, ich könnt' ein Nicker

Abg. Giesert (Dem.) begrüßt einen Antrag, der die sächsische Regierung beantragt, bei der Reichsregierung darauf hinzuweisen, daß keine Bezahlungen der am Streit beteiligten Beamten stattfinden, daß den Beamten ihre berechtigten Forderungen bewilligt und keine Belohnungen für Streikbrecher gezahlt werden.

Abg. Gaffke (Soz.): Wir müssen den Ursachen der Eisenbahnerbewegung nachspüren, damit das Hebel an der Wurzel angegriffen wird und die Wirkung bestmöglich werden. Der Untergrund der Bewegung ist in der erneuten Verschärfung der allgemeinen Lebenshaltung und der ungenügenden Entlohnung der Beamten und Arbeiter zu suchen. Wir müssen alles tun, daß das alte Regime, unter dem diese Zustände entstanden sind, nie wiederkehrt. Das können wir aber nur tun, wenn eine einzige Front die Kräfte umschließt. Wenn die Kräfte keine Disziplin haben, dann können sie auch keinen Streik führen. (Zwischenrufe der Kommunisten.) Wir müssen im rechten Volksstaat mit anderen Mitteln arbeiten als im alten Österreichstaat. Die Herrschaften von rechts haben nicht die geringste Erfahrung, sich über den Eisenbahnerstreik aufzuhören. Auf jene Seite dürfen sich die vorliegenden Schichten nicht wenden, dann sind sie überzeugt, daß die Reaktionen, die Diktaturen, die Ressortbehörden, die Zentralstellen, viel Oel und Neuer geopfert haben. Notwendig ist, daß Schulz mit der bisherigen Verhandlung der Befreiungsbewegung und der Beamtenteile gemacht wird. Aufrüttendlich bedenklich ist es nach launig erfolgter Beendigung mit Vergeltungsmaßnahmen und Maßregelungen zu kommen. Solche Dinge lassen sich durch Zwangsmassnahmen nicht verhindern. Ohne zwingenden Grund dürfen lebenswichtige Betriebe nicht stillgelegt werden, aber die Entscheidung hierüber darf nicht unterschlagen, sondern nautalische Stellen überlassen werden. Die Technische Wehrkraft wird nicht immer zu unterscheiden sein, aber sie muß zu einer Sache der Allgemeinheit gemacht werden. Wir freuen ebenfalls darüber, daß den Beamten ihre berechtigten Forderungen bewilligt werden, fordern aber auch vor allem, daß der Friedensvertrag zwischen Regierung und Beamten nicht legal gehandhabt wird. Belohnungen für Streikbrecher lehnen wir ab. Die Polizeibeamten haben sich mit ihrer Erklärung vollständig im Rahmen ihrer Dienstpflicht gehalten.

Abg. Blümke (D. Ap.) spricht den Beamten grundsätzlich das Streitrecht ab. Eine Nachbesetzung sollte nicht geübt werden. Stein-Streitrecht, aber die Gewähr der lebenslänglichen und unlösbarer Anstellung. Die Verhandlung mit Hilfe der Streitenden die lebenswichtigen Betrieben aufzutragen, sind in Dresden gescheitert. Wir erkennen die Hilfe der Technischen Wehrkraft dankbar an.

Abg. Dr. Seifert (Dem.): verurteilt auch den Eisenbahnerstreik und bedauert, daß die Reichsregierung sich nicht auf den Boden der Wahrheit in ihren eigenen Fällen gestellt hat. Einem Teil der Schulz trage aber auch die Nachbesetzung.

Abg. Wenzel (L. Soz.): Die Tendenz der Anfrage ist die Regierung schrift zu machen gegen die, die gestreikt haben. Wir können diesen Streit nicht unterstützen.

Abg. Körner (Nat. Soz.) befürwortet, daß die Beamten erst durch die Vernehmung von oben in den Streit getrieben werden sollen.

Zum Ende der weiteren Debatte bringt Abg. Dr. Seifert (Dem.) einen Antrag ein, der die Regierung beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, sich bei den ihr für notwendig erachteten Disziplinierungen streng an die von ihm selbst gegebenen Richtlinien zu halten, vor allem aber dafür zu sorgen, daß in Abschluß auf die Reilige der unteren und mittleren Beamten deren berechtigte Forderungen an die Bevollmächtigung ungeschändet erfüllt werden.

Abends gegen 10 Uhr läuft ein Antrag auf Schluß der Debatte ein, der angenommen wird.

Neben der kommunistischen Antrag findet noch eine zweite Antrag statt. Dann wird auch über den Antrag Seifert abgestimmt werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 28. Februar 1922.

## Sächsische Angelegenheiten

### Aus den Landtagsausschüssen

Im Haushaltsschluß B wurde bei Beratung des Staatskapitäts Vorgellmanns ein Antrag, der die Regierung beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, sich bei den ihr für notwendig erachteten Disziplinierungen streng an die von ihm selbst gegebenen Richtlinien zu halten, vor allem aber dafür zu sorgen, daß in Abschluß auf die Reilige der unteren und mittleren Beamten deren berechtigte Forderungen an die Bevollmächtigung ungeschändet erfüllt werden.

Der vom Landtag im Fall Böse eingeführte Urteilssuchantrag saß sich in tagtäglicher Besprechung öffentlich. Er wird seine Begegnungen nächste Woche fortsetzen. Wir werden über die Verhandlungen und ihre Ergebnisse zusammenfassend berichten.

### Noch eine Erklärung

Landtagsabgeordneter Hählein teilt mit: Nach Rückfrage mit dem Landesvorstand des sächsischen Zentrumspartei bin ich erneut, folgendes zu erklären: Ich weiß nicht in voller Weise, was mir die Regierung hierüber gedacht hatte, bestreitet man sich dabei, von derartigen Abänderungsversuchen ab zu stehen, und zwar aus dem Grunde, weil unvorhergesehene Verhältnisse auf der anderen Seite wahrscheinlich vielmehr unvorhergesehene Fehlentwicklungen gegenüber treten würden.

Der vom Landtag im Fall Böse eingeführte Urteilssuchantrag saß sich in tagtäglicher Besprechung öffentlich. Er wird seine Begegnungen nächste Woche fortsetzen. Wir werden über die Verhandlungen und ihre Ergebnisse zusammenfassend berichten.

### Noch eine Erklärung

Landtagsabgeordneter Hählein teilt mit: Nach Rückfrage mit dem Landesvorstand des sächsischen Zentrumspartei bin ich erneut, folgendes zu erklären: Ich weiß nicht in voller Weise, was mir die Regierung hierüber gedacht hatte, bestreitet man sich dabei, von derartigen Abänderungsversuchen ab zu stehen, und zwar aus dem Grunde, weil unvorhergesehene Verhältnisse auf der anderen Seite wahrscheinlich vielmehr unvorhergesehene Fehlentwicklungen gegenüber treten würden.

Zu den Meldungen über Sperrung der sächsischen Kohle ausführlich darüber verlautet von zuständiger Stelle, daß weder die sächsische Regierung noch der Kohlenausgleich Dresden noch der Reichskohlenkommissar eine solche Sperrung angeordnet oder Kohlen beschlagnahmt haben, sondern die Zentralbetriebsleitung West in Berlin hätte die Ausfuhr gelassen, ohne daß man in Sachsen etwas davon wußte. Die Eisenbahndirektion Dresden hat den Nachbardirektionen bereits mitgeteilt, daß der Kohlenverkehr frei ist.

Bauen. Großherzog Jutta in der Nacht zum Donnerstag die Waggon- und Maschinenfabrik A.G. vorne auf die Bahn. Der Brand brach in der ersten Stunde in der Tischlerei aus und griff da die Flammen in den großen Holzwänden und Waggons reichlich Rauchende brennen kurze Zeit in hellen Flammen stand und verblieben wieder. Der Schaden beträgt 10 Millionen Mark. Es ist aber durch Verstärkung voll gebedt. Es sind große Vorräte an wertvollen Materialien und andern teuren Gütern sowie an Wagenpolstern, Polsterstoffen, Laken sowie Wolldecken, Handwerkszeug, Gerät usw. völlig verbrannt. Der Betrieb erleidet keine Unterbrechung, wenn er festlich auch gestört ist.

kleine Nachrichten aus dem Laufe. Auf Veranlassung des Beipalziger Meisters werden die bei Ende Dezember 1921 infolge Kohlemangel ausgelieferten Droschken nach Leipzig während der Zeit der Leipziger Fußgängertrems zur Bewältigung des zu erwartenden sehr großen Elendshalters wieder eingesetzt werden. — Für die Wiederholung der Stadtverordnetenwahl in Burgstädt, die am 10. Februar erfolgen wird, wurden sechs Listen, und zwar drei bürgerliche und drei sozialistische aufgestellt. — Die folgenden Unternehmungen offenbarten sich wieder bei der ärztlichen Untersuchung der Schulkindern in Limbach. Von 784 untersuchten Kindern waren 70,5 Proz. an Gewicht unter normal, 44,3 Proz. Lungenkrank, 30,8 Proz. blutarm, während 28 Proz. eine gefärmelte Hirnblässe und 51,6 Proz. ein mangelhaftes Gehirn haben.

## Stadt-Chronik

### Das Reichsverteidigungsamt Dresden

Einige Blätter meldeten kürzlich, daß die Reichsverteidigungsämter in Altengesellschaften umgewandelt werden sollten. Nur das Reichsverteidigungsamt Dresden habe eine Rücknahmestellung ein, denn es solle in einem gewiss wirtschaftlichen Betrieb umgewandelt werden, an dem der sächsische Staat, die Industrie, die Arbeitnehmerorganisationen, das Handwerk und die Arbeiter des Verteidigungsamtes mit je 20 Prozent beteiligen wollen. Auf welche Erfundungen an zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt, daß das sächsische Wirtschaftsministerium bereits seit längerer Zeit bemüht gewesen ist, ein gewinnwirtschaftliches Unternehmen in Form einer Altengesellschaft zu schaffen. An diesem Altengesellschaften sollten die sächsische Staat, die Industrie, das Handwerk, die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer des Verteidigungsamtes beteiligt sein. Das Amt soll diesen geplanten Betrieb vom Reichsverteidigungsamt übernehmen und weiter betreiben. Beider könnten die Verhandlungen wegen verschiedener in letzter Zeit erneut aufgetauchter Schwierigkeiten noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Wir ersuchen jedoch, daß das Wirtschaftsministerium besteht, ich mit Rücksicht auf die Arbeitnehmer des Amtes eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit mit möglichster Beschleunigung herbeizuführen.

### Die neuen Brotpreise

Der Gemeindeverbund Dresden und Umgebung gibt die neuen Preise und Brotpreise bekannt. Es kostet hierauf vom 20. Februar 1922 an das 100 Gramm-Brot 18 Pf. (bisher 7,70 Pf.), 8 Pfund 10,90 Pf. (bisher 8,10 Pf.), 2 Pfund 6,80 Pf. (bisher 4,05 Pf.), 1 Pfund 3,45 Pf. (bisher 2,05 Pf.). Die Preise für das Weizenkleingebäck beitragen von dem gleichen Zeitpunkt an für 60 Gramm 1,10 Pf. (bisher 80 Pf.), für eine Semmel von 76 Gramm 70 Pf. (bisher 45 Pf.), für Weißbrot von je 875 Gramm 8,25 Pf. (bisher 1,85 Pf.). Im Kleinhandel kostet 1 Kilogramm rationiertes Roggen- oder Weizenmehl 8,00 Pf.

### Bekämpfung der Obstbaumsschädlinge

Infolge der Abwesenheit vieler Obstbaubesitzer und des Mangels an Arbeitskräften und Pflanzenschutzmitteln während des Krieges hat eine starke Vermehrung der Obstbaumsschädlinge und Obstbaumunkräten stattgefunden, die durch die für ihre Entwicklung günstige Witterung in den letzten Jahren noch begünstigt worden ist. Es besteht somit die Gefahr, daß die Obstertärgte wesentlich zurückgehen, wenn die Bekämpfung der Schädlinge nicht mit Nachdruck betrieben wird. Die gegenwärtige Zeit ist infolge des blütenlosen Zustandes der Bäume hierzu besonders geeignet, weil die Brut der schädlichen Insekten, die viele in Form kleiner Raupen, teilweise in Eiform oder auch als ausgebildetes Insekt (Blattlaus) auf engem Raum zusammenliegen, leicht erkennbar ist. Die Besitzer von Obst- und Fruchtbaumern werden deshalb unter Hinweis auf die ihnen obliegende gesetzliche Verpflichtung hiermit angehalten, auf ihren Grundstücken die hierauf erforderlichen Bemühungen vorzunehmen, und zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige Säumigkeit in der Vertilgung der Bäume nach § 385 Ritter 2 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 600 Pf. oder mit Haft bis zu 14 Tagen zu ahnden ist, während für Säumigkeit in der Vertilgung der übrigen Obstbaumsschädlinge (sibirische Schädlinge und Pilzkrautkraut) hiermit eine Geldstrafe bis zu 1500 Pf. oder Haft bis zu 14 Tagen festgesetzt wird.

In Dresden ist eine Untersuchung der Obst- und Fruchtäume durch Aufsichtsbeamte angeordnet und die Besitzer solcher Bäume sind aufgefordert worden, nicht nur diese Untersuchung unverzüglich freizugeben zu lassen und die Beamten hierzu, soweit nötig, zu unterstützen, sondern auch im Falle der Feststellung des Vorhandenseins der Schädlinge die zu ihrer Bekämpfung erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung der Bestrafung sofort einzuleiten. Am Freitag nachmittag brach auf der Nibelungstraße Weißer Dr. H. ein an der Bartholomäusstraße wohnhafter 14 Jahre alter Schüler bei einem Sturm das linke Bein. Seiner erlitt am Donnerstag nachmittag in der Nähe der Tegeliger Straße ein 18 Jahre alter Schülermann einen Bruch.

Seitene Göte zeigten sich dieses Tage in Beute am Leiche mit im Ort. Es waren fünf Leute, die den Toten auf den Feldern und in den Büchen nicht mehr genügend Nahrung finden und durch Hunger gebissen sind, wenige Minuten aufzunehmen.

Besitzer festgenommen. Von der Polizei wurde der frühere Reichswehrsoldat Richard Emil Höglis wegen Betrug festgenommen. Höglis gab sich diesen Einwohnern, mit denen er gelegentlich in Schönwirtschaften bekannt wurde, als Reichswehrsoldat Müller aus, verbrauchte seinen Militärleistungspflichten zu versorgen und nahm an diesem Zweck Gelder von ihnen entgegen, die er sofort in seinem Auto verbrauchte. In drei Jahren erlangte er 1800 Pf.

### Dresdner Umgebung

Briesnitz, Leutzewitz, Ostritz und Oderwitz. Gruppenleitung des Allgemeinen Wiederaufbaubvereins: R. Braunstein, Briesnitz, Weißnitzstraße 11; Zustandsverteilung: Restaurant Brauerhaus, Inhaber St. Schröder, Leutzewitz, Gottlieb-Geller-, Edu. Oderwitzer Straße. Jeden Sonntag von 10—12 Uhr vormittags, Mitgliedertag und Wiedervertriebe mitbringen; Vertrauensleute: Triesnitz: Schunfitzstraße und Roquettestraße, R. Braunstein, Weißnitzstraße 11; 2. Bezirk Weißnitz Straße 12 bis Ende, Ritterstraße, A. Drehsler, Weißnitz Straße 8; 2. Bezirk Dorfstraße, Werbiger Straße, Omschwäbische Straße, und Eigenthal, O. Wirth, Werbiger Straße 4; 4. Bezirk Bildmardstraße, Bartholaei Straße, Weißerstraße, auf der Scheibe, Leutzewitzstraße, R. Stolle, Leutzewitzstraße 20. 5. Bezirk Leutzewitzstraße, A. Leuner, Leutzewitzstraße 5. Leutzewitz: 1. Bezirk Hohe Straße, Schulstraße, Kemnitz Straße, Dorfstraße, Weißstraße, R. Müller, Hohe Straße 11, B. Schmidt, Schulstraße 10; 2. Bezirk Oderwitzer Straße, Dresden Straße, Parkstraße, Südtorstraße, Steinbocker Straße, Gottfried-Keller-Straße, R. Dautermann, Oderwitzer Straße 18, A. Gebrüder, Oderwitzer Straße 8, A. Franke, Burgstädter Straße, Omschwäbische Straße 17; 3. Bezirk, Nr. 17b, — für die Mieterbewohner und deren Stellvertreter findet jeden zweiten Sonntag im Monat eine Sitzung im Brauereihof statt, vormittags 10—12 Uhr.

Briesnitz-Leutzewitz. Allgemeiner Mietbewohnerverein: Die für nächstes Sonntag veranstaltete Vertrittungs- und Obmannschaft findet erst Sonntag den 28. Februar, vorm. 10 Uhr, im bekannten Hofloft statt. Für die angeschlossenen Dörfchen Oderwitz und Omschwäbische Straße wird die diesjährige Tagessordnung mit wichtiger Tagessordnung hierzu verhängt. Der Leiter dieser Verhandlung ist außerordentlich wichtig und wird rege Teilnahme erwarten.

### Aus dem Barteileben

#### 4. Unterbezirk

Gruppe Niedern und Umg. Morgen Sonnabend, 7½ Uhr, im Ratskeller: Gefäßiges Zusammensein. Die Funktionäre sind mit ihren Frauen dazu eingeladen.

Jugendsozialisten. Gruppe Altstadt. Nächste Zusammenkunft am Sonnabend, abends 7 Uhr, in der Weißen Schleife, Weißnitzerstraße 5, 1. Göte willkommen.

Bezirk Briesnitz-Leutzewitz. Sonntag, nachmittags 5 Uhr. Verwaltungsfestigung. wichtige Tagessordnung. Die Verwaltungsmitglieder werden erneut volljährig zu erscheinen.

Bezirk Laubegast. Freitag, abends 7½ Uhr, im Restaurant Einhorn, Laubegast. Mitgliederversammlung mit Vorlesung des Senatsberichts. Die Mitglieder werden erneut recht zahlreich zu erscheinen, da noch weitere wichtige Tagessordnungspunkte erledigt werden.

Gruppe Striesen 1. Am 14. Februar verschob nach längstem Zögern und lange Diskussionen der Rat für Belebung der Schuldfliegen auf den 15. Februar. Die Belebung der Schuldfliegen ist wiederum am 15. Februar, vormittags 10 Uhr, im Krematorium. Die Mitglieder werden um zahlreiche Beteiligung gebeten.

Seiden-Band-Haus „Mignon“ „Niemeyer 50. St.“ Herbert Rottig

Duvetine in allen Farben und Qualitäten  
Trikotkombinationen, Strümpfe, Handschuhe  
Socken

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG

Gedenkmal um die Erde. Ein Weltreisender ist der in allen Weltteilen bekannte Kirchenparochial Jean Clermont, der gegenwärtig im Sankt-Salvator-Kloster in Dresden ansässig ist. Er hat mit seinem Vogelwesen-Jacob die Welt bereist und während nicht in gerade Weltreisen, so daß es kaum eine bewohnte und eingemachte Insel der Welt gibt, die er nicht kennt.

Weitere Maßnahmen zur Sicherung der Wasserförderung Dresden. Die Stadt hat bereits im Februar 1919 auf dem rechten Flößer bei der Saloppe die Anlage von 18 neuen Brunnen beabsichtigt. Jetzt sollen dazu noch 80 Brunnen kommen, deren Wasser gleichfalls nach dem Sammelbrunnen des südlichen Wasserwerkes Saloppe abgeleitet werden soll, um die Sicherheit der Wasserförderung der Stadt Dresden zu verstärken.

Deutsche Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung. Zur Vorstellung von Generallehrer Lews über: Großstadt und Haushalt. Zeit nicht Dienstag den 21. Februar statt, sondern wird bis spätestens verhoben. Röhre Angabe erfolgt später. Geldsteuer Kartes befreien ihre Gültigkeit.

Tarrafani gibt am Sonntag nachmittag um 8 Uhr eine große Familien- und Kindervorstellung, die bei dem jetzigen Programm sehr beliebt sein wird, es empfiehlt sich, die Karten im Vorverkauf ohne Aufschlag zu lösen. Es kommen alle Tiergärtner bei den Diensttieren zu ihrem Heim. Überleb. Eis. Sunde, Schweine und Kommando singende Hähne. Abends 7½ Uhr große Vorstellung.

Erstarrt und bewußtlos ausgegangen wurde am Donnerstag abend 8½ Uhr am Wilden-Platz-Straße ein 25 Jahre alter Brüderling, der seinen Sohn in Vorstadt Streichen wohnhafter Bruder hatte befinden wollen, aber schon an der Haltestelle Trachau den Zug verloren haben wollte. Der Mann hatte ein Holzbein und war verunsichert auf seiner Wanderung vor Erkrankung bewußtlos ausgetreten. Modelleure hatten den Halbstarren aufgefunden. Modelleure hatten den Halbstarren aufgefunden. Er wurde mit Unfallwagen nach dem Krankenhaus Friedrichsberg übergeleitet.

Von einem Automobil überfahren und schwer verletzt wurde am Donnerstag abend gegen 8 Uhr vor der Röhrmannschen Einrichtung der eine 20 Jahre alte Schneider aus der Großenstraße wohnhafter Privater. Er hatte einen Bedenkschluß erlitten und wurde nach dem Krankenhaus Friedrichsberg übergeleitet. Bewußtlos aufgefunden wurde am Donnerstag abend auf dem Automobil über der Röhrmannschen Einrichtung der eine 20 Jahre alte Schneider aus der Großenstraße wohnhafter Privater. Er hatte einen Bedenkschluß erlitten und wurde nach dem Krankenhaus Friedrichsberg übergeleitet.

Rodelnässe. Am Mittwoch nachmittag brach auf der Nibelungstraße Weißer Dr. H. ein an der Bartholomäusstraße wohnhafter 14 Jahre alter Schüler bei einem Sturm das linke Bein. Seiner erlitt am Donnerstag nachmittag in der Nähe der Tegeliger Straße ein 18 Jahre alter Schülermann einen Bruch.

Kodelnässe. Am Mittwoch nachmittag brach auf der Nibelungstraße Weißer Dr. H. ein an der Bartholomäusstraße wohnhafter 14 Jahre alter Schüler bei einem Sturm das linke Bein. Seiner erlitt am Donnerstag nachmittag in der Nähe der Tegeliger Straße ein 18 Jahre alter Schülermann einen Bruch.

Reichswehrsoldat Richard Emil Höglis wegen Betrug festgenommen. Höglis gab sich diesen Einwohnern, mit denen er gelegentlich in Schönwirtschaften bekannt wurde, als Reichswehrsoldat Müller aus, verbrauchte seinen Militärleistungspflichten zu versorgen und nahm an diesem Zweck Gelder von ihnen entgegen.

Briesnitz-Leutzewitz. Allgemeiner Mietbewohnerverein: Die für näch

Freitag den 17. Februar 1922

Vollzeitung

# Stadtratswahlen

Konfirmandenbeihilfe an Minderbemittelte

Einstimmige Stadtratswahlen! Die Deutschnationalen wählen die kommunistischen Kandidaten, und umgedreht! Wer mit der parlamentarischen Technik, insbesondere aber mit den geistlichen Bestimmungen nicht vertraut ist, muß annehmen, daß es Friede herrsche unter den Parteien. Da wir allein müssen die Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht, und zwar für die einzelnen Altersklassen in drei Wahlgängen vornehmen werden. Das würde mindestens eine Sitzung für sich beanspruchen, und, sofern zusätzlich infolge Krankheit oder sonstiger Umstände Wahlen in den einzelnen Fraktionen vorhanden wären, den Willen des Gelehrten durchkreuzen; das Stadtkollegium soll in seiner Zusammensetzung ein Spiegelbild des Stadtratsordnetenkollegiums sein. Das Dresdner Ortsgesetz läßt daher Zuruf nach auf eine gemeinschaftliche Liste aller Fraktionen zu, sofern von keiner Seite Widerstand erfolgt. Die Fraktionen müssen jedoch dabei in der Auswahl ihrer Kandidaten frei und unbeeinflußt sein. Also, die Reden, die bei der gestrigen Wahl nicht gehalten wurden, hat man jedenfalls in den vorangegangenen Beratungen ungern losgelassen. Schließlich ließ auch der ungewöhnlich späte Beginn der Sitzung darauf schließen, daß noch irgendwelche Fraktionssitzungen abzuhalten waren.

Eine neuzeitliche Aenderung der Sitzungen des Giroverbandes sächsischer Gemeinden, nach der auch von der Stadtgirofasse Personalcredit in gewissem Umfang genutzt werden kann, löste eine lebhafte Aussprache aus. Die Führer der Deutschen Volkspartei hatten sich schon in den Ausschüssen gegen dieses "Risiko" für die Stadt gewendet, teilweise natürlich nicht, weil man einer in dieser Maßnahme eine Konkurrenz für die privaten Großbanken erachtet. Der Stadtrat Dr. März ließ gestern noch einmal seine "warnende Stimme", auf die jedoch, auch rein äußerlich betrachtet, niemand hörte. Es wurde aber in geradezu herzerfüllender Weise vom Stadtrat Dr. Krummiegel abgeblitzen, so daß es teilweise auch in den Reihen der Volkspartei schallende Heiterkeit eingesetzte. Die schwere Rede März' konnte natürlich nicht das geringste an der vom sozialistischen Gesichtspunkt zu begrüßenden Steuerung, die insbesondere auch den Kleingewerbetreibenden zugute kommt, ändern.

Nach dieser Aussprache stieß der Rat ab, so daß bei der Eröffnung der Stadtgirofasse ähnliche Bedenken laut geworden seien wie heute, die Girofasse hatte sich aber in ganz unerwarteter Weise entwidmet und auch seit der Errichtung eines Polizeiamtes in Dresden eine Sicherung ihrer Geschäfte erfahren. Um Zwecke zu vermeiden, welche man bei Gewährung von Personalredit sehr vorsichtig verfahren.

Stadtrat Dr. Grubel befürchtete die Einrichtung im Interesse des Mittelstandes.

Der Antrag März wurde angenommen, desgleichen das Ausschlagsvotum (gegen wenige Stimmen).

Darauf wurde vom Genossen Pintert ein sozialdemokratischer Antrag begründet. Minderbemittelte oder sonst in wirtschaftlicher Not Gerathene, deren Kinder Oster und Schule verlassen, eine Beihilfe zu den Einsiedlungskosten zu gewähren. Unser Genosse erinnerte vor allem an die für arme Eltern entstehenden Schwierigkeiten, ihre Kinder in solchen Fällen auch nur mit der notwendigsten Wäsche und Unterleidung zu verleben. Hier besannen sich plötzlich die Kommunisten auf die verpaßte Gelegenheit. Und nun legte Stadtratsmitglied Schrapel los: Der Antrag sei ganz gut, aber eigentlich müßten die Gemeinden das Recht dringen, nach Abzug der Steuermöglichkeiten den Gemeinden Mittel für diese Zwecke bereitzustellen. So wunderbarlich ist dieser bei jeder Gelegenheit aufgezogene Grundfaß anhält, den Armen, die Oster und Kinder aus der Schule schicken, ist damit nicht geboten, ihnen wird der sozialdemokratische Vorschlag viel lieber sein, denn da bekommen sie etwas in die Hand. In wenig allgemeiner Weise jog hierbei der kommunistische Redner die Stellung der Sozialdemokratie in der Reichssteuerfrage in die Debatte, um schließlich mit einem wenig durchdachten Abänderungsantrag den Rat vorzuherrschen bezüglich der Einführungsgrenze für Minderbemittelte zu binden. Vom Genossen Pintert wurde dieses kommunistische Wortgebimmel fröhlig zergaukt. Den 150 prozentigen Zuschlag zur Gewerbesteuer, gegen den die Bürgerlichen Sturm läufen, weil er infolge der rückwirkenden Kraft nicht auf die Konsumaten abwälzt, also eine reine Ertrags- und Besteuer sei, lebten neben den Unabhängigen auch die Kommunisten ab. Und heute verlangen sie Verzweigung des Vorfalles. In Leipzig haben in der letzten Stadtratsversammlung die Unabhängigen bei der Gewerbesteuer allerdings einen sehr vernünftigen Standpunkt eingenommen und die Kommunisten wegen ihrer ablehnenden, den Besitz schützenden Haltung arg verunsichert. All das wurde Schrapel gestern von unserm Genossen sehr nachdrücklich gesagt. (Der kommunistische Verlegerantrag fand Ablehnung mit überwältigender Mehrheit.)

Es folgten noch drei Dringlichkeitsanträge, von denen der erste, Schülerfahrten betreffend, durch die bereits getroffene Maßnahme des Rates post festam kam. Der legte, der Erhöhung der Veteranenbeihilfen forderte, fand einstimmige Annahme.

Etwas ernster gingen die Dinge bei dem unabhängigen Antrag, die Schulen umgehend mit Heizmitteln zu versiehen. Nicht ohne Eindruck blieb der Hinweis des Unabhängigen Sohla, daß etwas in der Verwaltung nicht stimmen könne, wenn täglich bei besserer Veranstaltung die vornehmen Etablissements interiorieren könnten: Saal gut geheizt, während man anderseits die Schulen schleichen müsse wegen Kohlemangels. — Was der Stadtratwahl zur Rechtfertigung des Rates hierzu vorlas, war doch recht dürrig. Halt schien es, als habe er das Aufgeschriebene nicht einmal richtig durchgelesen. Also: eindeutig! Vor allen in den Schulen, damit unabhängige Kinder vor den Osterabschulungen den Unterricht nicht zu missen brauchen.

## Stadtratswahlen

vom 16. Februar 1922

Zur Erledigung kamen zunächst einige kurze Anträge. Auf eine solche der Frau Scheben, wegen Rückaufnahme einer in Kindesmutter stehenden Frau in die Oel- und Pflegearbeit wurde vom Rat mitgeteilt, daß der Frau begleitende Hemann selbst für das soziale Entgegenkommen der Anzahl gebeten hat, daß der Rat keinen Antrag zum Einschreiten gehabt habe, weil sich das Anstaltspersonal korrekt benommen hat.

Stadtrat Schrapel fragte den Rat, ob ihm bekannt ist, daß die den Eisensteinfegergesellen Ende 1921 angestellten Söhne von den Meistern nicht gezahlt worden sind, und ob er an einer Absicht festhalte, mit der Kommunalisierung des Eisensteinfegers bis zum Er scheinen des Kom-

munalisierungsgesetzes zu warten.

Stadtrat Dr. Röhrer antwortete, daß die Meister die verankerten Löhne nur bei einer Erhöhung der Gehälter bezahlen wollten. Nachdem eine solche erfolgt sei, erschien die Gehälter höhere Löhne. Vor rechtsgeschäftlicher Regelung könnte die Verhandlung nicht erfolgen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf

die Neuwahl der unbefoldeten Ratssmitglieder.

Sie erfolgte an bloß gemäß den Vorschlägen des Wahlausschusses.

Danach sind neu bzw. wiedergewählt:

1. auf die nächsten zwei Jahre, 1922 und 1923: Stadtrat Schriftleiter Barthel (Soz.), Stadtrat Kaufmann Hofstot (D. Wp.), Geschäftsführer Grafe (H. Soz.), Kaufmann Jänschendorf (Dnat. Wp.), Richterwalt Röhrer (D. Wp.), Stadtrat Kaufmann Schmidt (Dem.), Frau Stadtrat Dr. Stegemann (Soz.);

2. auf die nächsten vier Jahre, 1922 bis mit 1925: Stadtrat Geschäftsführer Barthel (Soz.), Stadtrat Bureauchef Enger (Dem.), Stadtrat Fabrikdirektor Hartmann (D. Wp.), Stadtrat Minister A. D. Kirchhoff (Soz.), Stadtrat Förstermeister Schöne (Soz.), Gemeindeschulbeamter Schreiter (Kom.), Stadtrat Rosenbuschbauer Schmeling (Dnat. Wp.);

3. auf die nächsten sechs Jahre, 1922 bis mit 1927: Stadtrat Volksschuloberlehrer Beck (Dem.), Stadtrat Kaufmann Braune (Soz.), Stadtrat Ministräusslein und Wad (Soz.), Stadtrat Kaufmann Christow (D. Wp.), Stadtrat Rosenbuschbauer Krüger (Soz.), Stadtrat Polizeidirektor Dr. Stüger (D. Wp.), Stadtrat Buchdruckerleiter Lorenz (H. Soz.) und Stadtrat Obermeister Wehlich (Dnat. Wp.).

Zu einer längeren Debatte führte die Ratsvorlage: Ausdehnung der Sitzung des Giroverbandes Sachsischer Gemeinden in der Richtung der Gewährung von Personalkredit. Die vereinigten Ausschüsse empfanden, der Sitzungstermin zugunsten der Stadtratssitzung zu verzögern.

Stadtrat Dr. März vermochte ein Bedürfnis nach Einrich-

tung eines Personalkredits nicht anzuerkennen, weil dieses durch die bestehenden Banken gedeckt sei. Auch lage in dem Vor-

gesetzten Umfang zu vermeiden, werde man bei Gewährung von Personalkredit sehr vorsichtig verfahren.

Stadtrat Dr. Grubel befürchtete die Einrichtung im Interesse des Mittelstandes.

Der Antrag März wurde angenommen, desgleichen das Ausschlagsvotum (gegen wenige Stimmen).

Dann beschäftigte sich das Kollegium nochmals mit der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die unbefoldeten Ratssmitglieder und die Stadtratsordneten mit Wirkung ab 1. Oktober 1921. Die Entschädigung wird von 150 und 500 M. auf 300 und 200 M. erhöht. Gegenüber einem abweichenden Geschluß der Stadtratsordneten hat der Rat beschlossen, an seiner Vorlage festzuhalten. Gemäß dem Ausschlagsvotum wurde beschlossen, über die diesbezüglichen 2. Nachträge zum Ortsrecht auszugehen mit der Voraussetzung, daß die Zahl 2400 erreicht wird.

In Verfolg eines Antrages Schrapel wurde antrags-

gemäß beschlossen, den Rat zu ersuchen, den an den höheren Schulen beschäftigten Lehrerinnen und Lehrerinnen, die von der Stadt Einzel- oder Jahresstundenergütung erhalten, im Hin-

blick auf die von der Regierung in Aussicht genommene, aber noch nicht rechtzeitig gewordene Erhöhung der Stundenergütung sofort nach Erscheinen der Verordnung die Be-

Rat zu ermächtigen, noch Erscheinung der Verordnung die vollen Zugänge zu verhindern.

Die Ausschüsse schickten die Sitzung im Interesse des Mittelstandes.

Der Antrag März wurde angenommen, desgleichen das Ausschlagsvotum (gegen wenige Stimmen).

Dann beschäftigte sich das Kollegium nochmals mit der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die unbefoldeten Ratssmitglieder und die Stadtratsordneten mit Wirkung ab 1. Oktober 1921. Die Entschädigung wird von 150 und 500 M. auf 300 und 200 M. erhöht. Gegenüber einem abweichenden Geschluß der Stadtratsordneten hat der Rat beschlossen, an seiner Vorlage festzuhalten. Gemäß dem Ausschlagsvotum wurde beschlossen, über die diesbezüglichen 2. Nachträge zum Ortsrecht auszugehen mit der Voraussetzung, daß die Zahl 2400 erreicht wird.

In Verfolg eines Antrages Schrapel wurde antrags-

gemäß beschlossen, den Rat zu ersuchen, den an den höheren Schulen beschäftigten Lehrerinnen und Lehrerinnen, die von der Stadt Einzel- oder Jahresstundenergütung erhalten, im Hin-

blick auf die von der Regierung in Aussicht genommene, aber noch nicht rechtzeitig gewordene Erhöhung der Stundenergütung sofort nach Erscheinen der Verordnung die Be-

Rat zu ermächtigen, noch Erscheinung der Verordnung die vollen Zugänge zu verhindern.

Die Ausschüsse schickten die Sitzung im Interesse des Mittelstandes.

Der Antrag März wurde angenommen, desgleichen das Ausschlagsvotum (gegen wenige Stimmen).

Dann beschäftigte sich das Kollegium nochmals mit der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die unbefoldeten Ratssmitglieder und die Stadtratsordneten mit Wirkung ab 1. Oktober 1921. Die Entschädigung wird von 150 und 500 M. auf 300 und 200 M. erhöht. Gegenüber einem abweichenden Geschluß der Stadtratsordneten hat der Rat beschlossen, an seiner Vorlage festzuhalten. Gemäß dem Ausschlagsvotum wurde beschlossen, über die diesbezüglichen 2. Nachträge zum Ortsrecht auszugehen mit der Voraussetzung, daß die Zahl 2400 erreicht wird.

In Verfolg eines Antrages Schrapel wurde antrags-

gemäß beschlossen, den Rat zu ersuchen, den an den höheren Schulen beschäftigten Lehrerinnen und Lehrerinnen, die von der Stadt Einzel- oder Jahresstundenergütung erhalten, im Hin-

blick auf die von der Regierung in Aussicht genommene, aber noch nicht rechtzeitig gewordene Erhöhung der Stundenergütung sofort nach Erscheinen der Verordnung die Be-

Rat zu ermächtigen, noch Erscheinung der Verordnung die vollen Zugänge zu verhindern.

Die Ausschüsse schickten die Sitzung im Interesse des Mittelstandes.

Der Antrag März wurde angenommen, desgleichen das Ausschlagsvotum (gegen wenige Stimmen).

Dann beschäftigte sich das Kollegium nochmals mit der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die unbefoldeten Ratssmitglieder und die Stadtratsordneten mit Wirkung ab 1. Oktober 1921. Die Entschädigung wird von 150 und 500 M. auf 300 und 200 M. erhöht. Gegenüber einem abweichenden Geschluß der Stadtratsordneten hat der Rat beschlossen, an seiner Vorlage festzuhalten. Gemäß dem Ausschlagsvotum wurde beschlossen, über die diesbezüglichen 2. Nachträge zum Ortsrecht auszugehen mit der Voraussetzung, daß die Zahl 2400 erreicht wird.

In Verfolg eines Antrages Schrapel wurde antrags-

gemäß beschlossen, den Rat zu ersuchen, den an den höheren Schulen beschäftigten Lehrerinnen und Lehrerinnen, die von der Stadt Einzel- oder Jahresstundenergütung erhalten, im Hin-

blick auf die von der Regierung in Aussicht genommene, aber noch nicht rechtzeitig gewordene Erhöhung der Stundenergütung sofort nach Erscheinen der Verordnung die Be-

Rat zu ermächtigen, noch Erscheinung der Verordnung die vollen Zugänge zu verhindern.

Die Ausschüsse schickten die Sitzung im Interesse des Mittelstandes.

Der Antrag März wurde angenommen, desgleichen das Ausschlagsvotum (gegen wenige Stimmen).

Dann beschäftigte sich das Kollegium nochmals mit der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die unbefoldeten Ratssmitglieder und die Stadtratsordneten mit Wirkung ab 1. Oktober 1921. Die Entschädigung wird von 150 und 500 M. auf 300 und 200 M. erhöht. Gegenüber einem abweichenden Geschluß der Stadtratsordneten hat der Rat beschlossen, an seiner Vorlage festzuhalten. Gemäß dem Ausschlagsvotum wurde beschlossen, über die diesbezüglichen 2. Nachträge zum Ortsrecht auszugehen mit der Voraussetzung, daß die Zahl 2400 erreicht wird.

In Verfolg eines Antrages Schrapel wurde antrags-

gemäß beschlossen, den Rat zu ersuchen, den an den höheren Schulen beschäftigten Lehrerinnen und Lehrerinnen, die von der Stadt Einzel- oder Jahresstundenergütung erhalten, im Hin-

blick auf die von der Regierung in Aussicht genommene, aber noch nicht rechtzeitig gewordene Erhöhung der Stundenergütung sofort nach Erscheinen der Verordnung die Be-

Rat zu ermächtigen, noch Erscheinung der Verordnung die vollen Zugänge zu verhindern.

Die Ausschüsse schickten die Sitzung im Interesse des Mittelstandes.

Der Antrag März wurde angenommen, desgleichen das Ausschlagsvotum (gegen wenige Stimmen).

Dann beschäftigte sich das Kollegium nochmals mit der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die unbefoldeten Ratssmitglieder und die Stadtratsordneten mit Wirkung ab 1. Oktober 1921. Die Entschädigung wird von 150 und 500 M. auf 300 und 200 M. erhöht. Gegenüber einem abweichenden Geschluß der Stadtratsordneten hat der Rat beschlossen, an seiner Vorlage festzuhalten. Gemäß dem Ausschlagsvotum wurde beschlossen, über die diesbezüglichen 2. Nachträge zum Ortsrecht auszugehen mit der Voraussetzung, daß die Zahl 2400 erreicht wird.

In Verfolg eines Antrages Schrapel wurde antrags-

gemäß beschlossen, den Rat zu ersuchen, den an den höheren Schulen beschäftigten Lehrerinnen und Lehrerinnen, die von der Stadt Einzel- oder Jahresstundenergütung erhalten, im Hin-

blick auf die von der Regierung in Aussicht genommene, aber noch nicht rechtzeitig gewordene Erhöhung der Stundenergütung sofort nach Erscheinen der Verordnung die Be-

Rat zu ermächtigen, noch Erscheinung der Verordnung die vollen Zugänge zu verhindern.

Die Ausschüsse schickten die Sitzung im Interesse des Mittelstandes.

Der Antrag März wurde angenommen, desgleichen das Ausschlagsvotum (gegen wenige Stimmen).

Dann beschäftigte sich das Kollegium nochmals mit der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die unbefoldeten Ratssmitglieder und die Stadtratsordneten mit Wirkung ab 1. Oktober 1921. Die Entschädigung wird von 150 und 500 M. auf 300 und 200 M. erhöht. Gegenüber einem abweichenden Geschluß der Stadtratsordneten hat der Rat beschlossen, an seiner Vorlage festzuhalten. Gemäß dem Ausschlagsvotum wurde beschlossen, über die diesbezüglichen 2. Nachträge zum Ortsrecht auszugehen mit der Voraussetzung, daß die Zahl 2400 erreicht wird.

In Verfolg eines Antrages Schrapel wurde antrags-

gemäß beschlossen, den Rat zu ersuchen, den an den höheren Schulen beschäftigten Lehrerinnen und Lehrerinnen, die von der Stadt Einzel- oder Jahresstundenergütung erhalten, im Hin-

blick auf die von der Regierung in Aussicht genommene, aber noch nicht rechtzeitig gewordene Erhöhung der Stundenergütung sofort nach Erscheinen der Verordnung die Be-

Rat zu ermächtigen, noch Erscheinung der Verordnung die vollen Zugänge zu verhindern.

Die Ausschüsse sch

